

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden	277	Arbeiterbewegung. Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für das Jahr 1914. — Aus den deutschen Gewerkschaften	289
Wo man das Amlernen — im Großen lernen kann! Gesetzgebung und Verwaltung. Gesetzliche Sicherung der Vereinbarungen über die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge	279	Aus Unternehmerkreisen. Keine Parität, kein friedlicher Ausgleich!	292
Statistik und Volkswirtschaft. Die nächste Ernte. — Die Flugzeugindustrie	286		

Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden.

Die durch das Notgesetz vom 4. August 1914 gegebene Möglichkeit, die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden auf Grund eines Ortsstatuts wieder aufleben zu lassen, hat in Verbindung mit der Erklärung der Regierung, daß die neugeschaffenen Ortsstatute auch nach wiedererfolgter reichsrechtlicher Regelung bestehen bleiben können und daß sie, sofern sie die Grundsätze der Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten innehalten, nicht nach den Sonderbestimmungen der Reichsversicherungsordnung gestaltet werden müssen, einer freien Entwicklung die Bahn geschaffen. Von neuem ist das Problem der hausgewerblichen Krankenversicherung in den Vordergrund des Interesses gerückt. Ohne durch beengende Bestimmungen gebunden zu sein, können neue zweckmäßige Formen erprobt werden und damit die Erfahrungen gesammelt werden, auf Grund deren sich später eine reichsrechtliche Regelung aufbauen läßt.

Von diesem Recht haben bereits eine Reihe von Stätten Gebrauch gemacht. Leider stehen noch wichtige Heimarbeitgebiete, wie Thüringen, Ober- und Unterfranken, Baden und zum großen Teil Sachsen aus. Allerdings ist man auch hier bereits an verschiedenen Orten in das Stadium der Vorverhandlungen eingetreten. So bemüht man sich im Erzgebirge zu einer einheitlichen Grundlage für den gesamten Industriebezirk zu kommen.

Es bedarf an dieser Stelle wohl keines Hinweises darauf, wie erstrebenswert eine möglichst lückenlose Durchführung der ortstatutarischen Krankenversicherung ist. Je geringer das Einkommen, je unsicherer die Grundlage der gesamten Existenz, um so wichtiger ist eine Fürsorge für besonders schlimme Zeiten. Dürfte doch in manchen Hausindustriedörfern des Gebirges durch die Krankenversicherung zum erstenmal die Möglichkeit einer ärztlichen Behandlung gegeben sein. Wenn heute eine große Anzahl deutscher Ortskrankenkassen die Frage mit großer Energie aufgegriffen

hat, so waren neben dem sozialen Interesse noch andere Gesichtspunkte maßgebend: man konnte dauernd von den teils lästigen und enorme Verwaltungskosten beanspruchenden, teils überhaupt undurchführbaren Sonderbestimmungen der Reichsversicherungsordnung loskommen. Die allgemeine Rechtsunsicherheit konnte durch einfache, klare Bestimmungen beseitigt und das für den Versicherten meist ungünstige Verhältnis von Beiträgen und Leistungen in ein normaleres verwandelt werden.

So wünschenswert es ist, um recht reichliche Erfahrungen zu sammeln, daß die Stätten frei vorgehen können, so bedenklich ist es in einem Punkt: der Stättenzugehörigkeit. Wird die Regelung dieser Frage in das Belieben jeder Klasse gestellt, so sind nicht nur allerlei Grenzstreitigkeiten zu befürchten, sondern auch, was vielleicht noch bedenklicher ist, große Lücken. In den meisten Statuten ist für die Stättenzugehörigkeit der Betriebs- oder Wohnsitz des Hausgewerbetreibenden maßgebend, mitunter aber auch der Betriebsitz des Unternehmers (Köln). Da im Hausgewerbe beide nicht zusammenfallen müssen, ist es sehr wohl denkbar, daß eine ganze Anzahl von Hausgewerbetreibenden überhaupt nicht zu versichern sind, andere dagegen von zwei Klassen beansprucht werden. Da, wo der Betriebsitz des Hausgewerbetreibenden maßgebend ist, wird vielfach der Geltungsbereich für den Auftraggeber eingeschränkt. Es heißt also zum Beispiel:

„Dieser Ortsstatut unterstehen auch die Auftraggeber, welche ihren Betriebsitz zwar nicht im Stadtkreise Nemscheid, aber doch innerhalb des nach § 488 Absatz 2 R.V.O. durch die oberste Verwaltungsbehörde festgesetzten Bezirks, d. h. in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Köln und Aachen haben, hinsichtlich der Hausgewerbetreibenden, die ihre Betriebsstätte im Stadtkreise Nemscheid haben.“ (Nemscheid.)

Hier müßte unter allen Umständen der Versuch gemacht werden, zu einer einheitlichen Regelung in dem Sinne zu gelangen, daß der Betriebsitz des Hausgewerbetreibenden maßgebend ist und der zuständigen Klasse alle Unternehmer, die der Klasse angehörige Hausgewerbetreibende beschäf-

wollend aufgenommen wurden, konnte auch ein praktischer Erfolg meistens festgestellt werden.

Der Buchdruckerverband zahlte im Monat April an Reise- und Arbeitslosenunterstützung 24 325 Mk. gegen 70 680 Mk. im April 1914. Die Zahl der unterstützten Tage betrug 15 636 Tage gegen 43 775 Tage im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Gutmacherverbandes betrug am 29. Mai 1914 gegen 3177 in der Vorwoche. In Arbeit standen 4420 (Vorwoche 4940) Mitglieder. Beim Militär standen 1962 Mitglieder.

Die Kriegsstatistik des Zimmererverbandes vom 15. Mai erstreckte sich auf 675 Zahlstellen, die beim Kriegsausbruch 54 400 Mitglieder zählten. Von diesen Mitgliedern sind bis zum Berichtstage 28 918 = 53,16 Proz. zum Kriegsdienst eingezogen. In Arbeit standen 24 069 Mitglieder, arbeitslos waren 892 Mitglieder oder 3,51 Proz.

Lohnbewegungen und Streiks.

Generalaussperrung in Norwegen?

Zeit Anfang April wird im norwegischen Baugewerbe ein größerer Kampf ausgefochten, der jetzt droht, zu einer Generalaussperrung in einer Anzahl von anderen Gewerben zu führen. Die Tarifverträge im Baugewerbe waren für mehrere Städte am 1. April abgelaufen, und die Arbeiter forderten eine Lohnerhöhung als Ausgleich der allgemeinen Lebensmittelerhöhung. In Kristiania beispielsweise beträgt die Teuerung rund 20 Proz. Die Forderung der Arbeiter bezweckte eine Lohnerhöhung von 10 bis 15 Cere pro Stunde, was der Teuerung ungefähr entspricht. Die Unternehmer boten nur für wenige Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2 Cere und forderten außerdem einen nur einjährigen Tarifabschluß, um die Bauarbeiterverträge mit den Verträgen in anderen Industrien im nächsten Jahre gemeinsam ablaufen zu lassen. Im Jahre 1916 laufen nämlich die Verträge für zirka 50 000 Ar-

beiter ab, und außerdem sind die Verträge im Baugewerbe Dänemarks und Schwedens im nächsten Jahre revisionsfähig. Das war der Grund für die Forderung eines kurzfristigen Vertrages seitens der norwegischen Bauunternehmer. Die Arbeiter lehnten die Angebote der Unternehmer ab, und die Maurer in Kristiania kündigten zum 10. April. Die Unternehmer verhängten, unterstützt oder auch getrieben von der allgemeinen Unternehmerzentrale, die Aussperrung über das Baugewerbe des ganzen Landes. Sie haben seit Beginn der Aussperrung den Terror gegen die einzelnen Unternehmer, die sich mit den Arbeitern verständigen wollten, wirken lassen. Jetzt sind die Bauunternehmer kampfes müde und verlangen von der Unternehmerzentrale, daß sie den Kampf zu einem Ende führen soll. Anstatt Schritte zu einer Verständigung einzuleiten, hat sich die Unternehmerzentrale Vollmacht zu einer Sympathieaussperrung von 40 000 Arbeiter erteilen lassen. Ob es zu dieser Aussperrung kommt, muß noch abgewartet werden.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat Mai 1915 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge:

Verb. der Buchdrucker, Rest für 1914	3 330,—	Mk.
" " Metallarbeiter Rest 1914	16 523,20	"
" " Asphaltreue für 1914	158,72	"
" " Lederarbeiter für 3. u. 4. Quartal 1914	860,—	"
" " Porzellanarbeiter für 3. und 4. Quartal 1914	944,72	"
" " Glaser für 4. Quartal 1914	80,28	"
" " Buchbinder f. 4. Quartal 1914	599,—	"
" " Maschinisten und Heizer für 1. Quartal 1915	542,40	"
" " Schiffszimmerer für 1. Quartal 1915	79,10	"
" " Tapezierer für 1. Quartal 1915	256,—	"

Berlin, den 1. Juni 1915.

Hermann Stube.

Volksfürsorge

**Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Hamburg 5**

Generalversammlung

am Sonnabend, den 26. Juni 1915, vormittags 10 Uhr im Sitzungssaal der
Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg, Beim Strohhause 38.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
2. Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats.
3. Genehmigung der Bilanz für das Geschäftsjahr 1914 und Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Beschlußfassung über die Verwendung des Uberschusses.
5. Wahl eines Revisors (§ 33 des Gesellschaftsvertrages).
6. Sonstige gemäß § 28 Absatz 3 des Gesellschaftsvertrages eingelaufene Anträge.

Der Vorstand.

A. von Elm. Fr. Lesche.

NB. Die Bilanz per 31. Dezember 1914 sowie die Gewinn- und Verlustrechnung liegen in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Hamburg, Beim Strohhause 38, zur Einsicht der Aktionäre aus.

Krankenkassen zeigt, daß man der schwierigen Materie durch eine weit einfachere Regelung beikommen kann, und die bisherige Praxis hat erwiesen, daß die Schwierigkeiten um so geringer werden, je mehr man dem Grundsatz der Einfachheit und Uebersichtlichkeit huldigt.

Sodern die Zahlung dem unmittelbaren Arbeitgeber, also auch dem oftmals sich in recht bescheidener Lage befindenden hausgewerblich tätigen Zwischenmeister überträgt, ist eine Haftung des Oberauftraggebers notwendig, die Berlin in vorbildlicher Weise regelt. „Sind bei einem Hausgewerbetreibenden die Beiträge nicht beizutreiben, so ist jeder Auftraggeber, an den er noch eine Lohnforderung hat, auf Aufforderung der Kasse verpflichtet, die Beiträge bei der nächsten Lohnzahlung in Abzug zu bringen und an die Kasse abzuführen. Tut er dies nicht, so haftet er für die Beiträge ebenso wie sein Schuldner.“

Sehen wir von den Orten ab, die die alten Sonderbestimmungen der R.V.C. beibehalten haben, so werden fast nirgends die Barleistungen der Kasse von der Höhe der Auftraggeberzuschüsse oder dem Verhältnis der Zuschüsse zu den Beiträgen abhängig gemacht. Es ist schon früher darauf hingewiesen, wie ungerecht dieses System an Orten mit hohen Ortslöhnen wird. Zwar soll grundsätzlich nach der R.V.C. die Hälfte der Lasten durch die Zuschüsse und die andere Hälfte durch die Beiträge gedeckt werden. Da aber bei der Berechnung der Auftraggeberzuschüsse eine andere Summe (der wirklich gezahlte Entgelt) als bei der Berechnung der Beiträge (dem ortsüblichen Tagelohn) zugrunde gelegt wurde, mußten sie für die einzelnen Orte sehr große Unterschiede ergeben. Hin und her haben die Zuschüsse die Beiträge überstiegen, meist aber war das Umgekehrte der Fall und dementsprechend wurden den Versicherten die Barleistungen gekürzt.

Wie unhaltbar die in der Reichsversicherungsordnung §§ 472 ff. gegebene Art der Aufbringung der Mittel und Berechnung der Barleistungen ist, zeigen die rechnerischen Ausweise einer Reihe von Kassen. Grundsätzlich sollen Auftraggeber und Hausgewerbetreibende je die Hälfte der Lasten aufbringen; wenigstens soll dieses Verhältnis für das ganze Reich maßgebend sein. Tatsächlich schwankt das Verhältnis der Auftraggeberzuschüsse zu den Beiträgen der Hausgewerbetreibenden sehr stark von Ort zu Ort. Hier übersteigen die Zuschüsse die Beiträge fast um das Doppelte und die Kasse macht ein gutes Geschäft, ohne daß die Hausgewerbetreibenden von dieser Mehrleistung der Auftraggeber einen Vorteil hätten, da nach § 482 R.V.C. höhere als die satzungsmäßigen Leistungen nicht gewährt werden. Dort erreichen die Zuschüsse kaum die Hälfte der Beiträge, die Hausgewerbetreibenden erhalten somit bei hohen Einzahlungen nur die Hälfte des satzungsmäßigen Krankengeldes. Insgesamt genommen muß das System zumgunsten der Versicherten arbeiten, da höhere Zuschüsse ihnen nichts nützen, niedrige aber die Kassenleistungen herabsetzen; im einzelnen gesehen ergeben sich die schwersten Benachteiligungen der Hausgewerbetreibenden und ein oft schreiendes Mißverhältnis von Beiträgen und Leistungen. Hören wir doch bei wöchentlichen Beiträgen von 42 Pf. von Krankengeldern im Betrage von 11, ja 8 Pf. pro Tag. Glücklicherweise sind in den neuen Statuten solche Experimente nicht sehr häufig gemacht. Meist werden die Leistungen der Kasse, entsprechend der allgemeinen Satzung, mitunter wie in Berlin auf die Regelleistung beschränkt. Wenn auch zugegeben

werden muß, daß die Hausgewerbetreibenden nicht gerade die besten Risiken sind, so ist doch nicht recht einzusehen, warum gerade zu ihren Ungunsten der Versicherungsgrundsatz „alle für einen, einer für alle“ durchbrochen werden soll. Gibt es doch auch innerhalb der anderen Versicherten manche Berufszweige, die mindestens ebenso schlechte Risiken bieten, ohne daß man für sie Minderleistungen vor schreibt.

Der Weg, den die neuen Ortsstatuten in ihrer Mehrzahl eingeschlagen haben, führte zu größerer Einfachheit und Uebersichtlichkeit. Geradezu vorbildlich ist, trotz einzelner Mängel das Berliner Ortsstatut, auf dessen Boden sich auch die Generalkommission der freien Gewerkschaften gestellt hat. Doch auch von anderer Seite ist Anerkennenswertes geschaffen. Die allgemeine Richtung geht auf eine möglichste Annäherung an die allgemeinen Formen der Versicherung im Gegensatz zu den Sonderbestimmungen der Reichsversicherungsordnung. So ist allgemein die Meldepflicht dem Hausgewerbetreibenden abgenommen und dem Auftraggeber auferlegt, die Bemessung der Beiträge und Leistungen entspricht meist der satzungsmäßigen, auch die Einzahlung der Beiträge ist ebenso geregelt wie für die anderen Versicherungspflichtigen. Sonderbestimmungen erwiesen sich nun als nötig für diejenigen Hausgewerbetreibenden, die für mehrere Auftraggeber arbeiten, für die Zeit, in der sie vorübergehend nicht, oder auf eigene Rechnung arbeiten. Auch ist da, wo die Beitragszahlung durch die hausgewerblich tätige Zwischenperson erfolgt, eine gewisse Haftung des Oberauftraggebers vorgehoben. So ist es geglückt, mit einem Mindestmaß von Sonderbestimmungen auszukommen und befriedigende Lösungen zu schaffen. Aufgabe aller Beteiligten ist es, auf dem einmal eingeschlagenen Wege weitere Erfahrungen zu sammeln und für eine möglichste Ausdehnung guter Ortsstatuten hinzuwirken. Wo es zurzeit nicht möglich ist, zu einem nach den oben angegebenen Maßstäben brauchbaren Statut zu gelangen, ist es vielleicht zweckmäßiger, zurzeit überhaupt darauf zu verzichten, um nicht für lange Zeit mit ungünstigen Bestimmungen belastet zu sein.

Dr. Käthe Gaebel.

Wo man das Umlernen — im Großen lernen kann!

I.

Der „Vorwärts“ ist anscheinend sehr verstimmt gegen uns, denn er hat in diesen schweren Kriegszeiten nichts Vernünftigeres zu tun, als sich fortgesetzt an uns zu reiben. Wir ließen seine Angriffe natürlich nicht unerwidert und bei diesen Auseinandersetzungen kam der „Vorwärts“ meist recht schlecht weg. Das erklärt seine Gereiztheit gegen uns zur Genüge. Aber wenn schon das polemische Bedürfnis seiner Volksstrategen gegen unser Blatt so ausdauernd ist, so sollte es sich doch billigerweise darin erschöpfen, das anzugreifen, was wir selbst geschrieben haben. Das genügt indes dem „Vorwärts“ nicht mehr und so verlegt er sich schon darauf, seinen Lesern mitzuteilen, welche Sünden uns ein Dritter alle in die Schuhe schiebt. Obendrein einen ungenannten Mitarbeiter einer bürgerlichen Zeitschrift, der einige Sätze aus etwa 40 unserer Nummern herausgesucht hat und daran seine ebenso subjektiven wie unmaßgeblichen Auffassungen knüpft. Wie verlegen doch die „Vorwärts“genossen in dieser großen Zeit um Pelegrinationsstoff für ihre Leser sein müssen!

tigen, unterstehen, ganz unabhängig von ihrem Betriebsitz.

Die Meldung der Hausgewerbetreibenden obliegt fast immer dem unmittelbaren Arbeitgeber, sei es nun, daß dieser wie im Berliner Ortsstatut in der Fassung als „unmittelbarer Arbeitgeber“ auftritt, oder daß die Pflicht für den Hausgewerbetreibenden dem Auftraggeber, für den hausgewerblich Beschäftigten dem Hausgewerbetreibenden, der ihn beschäftigt, obliegt. Einfacher und klarer ist in dieser Hinsicht das Berliner Statut, zumal der Begriff des hausgewerblich Beschäftigten in den verschiedenen Klassen verschieden ausgelegt wird. Zu Wahrheit bleibt, nachdem festgestellt ist, daß die Werkstattarbeiter der allgemeinen Versicherungspflicht unterliegen, als hausgewerblich Beschäftigte nur noch der durch Dritte beschäftigte Hausgewerbetreibende übrig, doch hat diese Auffassung noch nicht überall Boden gewonnen.

Eine Ausnahme von der Regel, daß der Hausgewerbetreibende durch seinen Arbeitgeber zu melden ist, macht die rheinische Kleineisenindustrie. Hier handelt es sich tatsächlich beinahe um selbständige Gewerbetreibende, die oft mit einer ganzen Anzahl von Gesellen und beträchtlichem Kapital arbeiten. Ihnen glaubt man ohne Schaden die Selbstmeldung übertragen zu können. Allerdings beschränkt sie der neueste Remscheider Entwurf auf die mit elementarer Kraft Arbeitenden. Mitunter findet die Selbstmeldung auch da statt, wo ein Hausgewerbetreibender für mehrere Auftraggeber arbeitet.

Der Beginn der Mitgliedschaft ist meist so geregelt, daß da, wo die Meldung durch den Unternehmer stattfindet, die Mitgliedschaft mit dem Tage des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung, wo die Selbstmeldepflicht vorliegt, mit dem Tage der Anmeldung beginnt. Nicht mit Unrecht hat das Musterstatut des allgemeinen Verbandes deutscher Ortskrankenkassen für die mit-helfenden Familienangehörigen, soweit sie der Versicherungspflicht unterliegen, die Mitgliedschaft mit der Anmeldung beginnen lassen; es ist sonst zu befürchten, daß es der Klasse bei einem Streit wegen unterlassener Meldung kaum möglich sein wird, den Beweis für das Vorliegen einer versicherungspflichtigen Beschäftigung der Hausgenossen zu führen; wohl aber könnte der Hausgewerbetreibende im Krankheitsfalle, auch wenn keine Anmeldung vorliegt, den Beweis vom Vorhandensein der Versicherungspflicht führen.

Die Beitragszahlung wird bald dem unmittelbaren Arbeitgeber, bald, falls die Arbeit durch Dritte verausgabt wird, dem Oberauftraggeber auferlegt, meist unter Innehaltung der üblichen Drittelung. Die Höhe der Beiträge entspricht in der Regel der sachungsmäßigen. Eine Berechnung nach dem ortsüblichen Tagelohn findet fast nirgends statt, vielmehr reiht man die Versicherungspflichtigen in die sachungsmäßigen Lohnstufen ein. Bei der im Hausgewerbe oft von Woche zu Woche stark wechselnden Höhe des Einkommens macht diese Einreihung allerdings ziemliche Schwierigkeit, so daß z. B. die Berliner Ortskrankenkasse jetzt subsidiär alle weiblichen Hausgewerbetreibenden in die zweite Lohnklasse stellt, sofern nicht ein höherer oder niedrigerer Lohn nachgewiesen wird. In Berlin, und ähnlich ist die Sache in verschiedenen anderen Orten geregelt, werden die Hausgewerbetreibenden entsprechend ihrem jährlichen Arbeitsverdienst in die sachungsmäßigen Lohnstufen eingereiht; bestand die hausgewerbliche Beschäftigung erst kürzere Zeit,

so gilt der für diese Zeit festgestellte Arbeitsverdienst als Grundlage.

Aus finanziellen Gründen hat die Berliner Ortskrankenkasse geglaubt, nicht auf die Auftraggeberzuschüsse ganz verzichten zu können. Jeder Auftraggeber hat allmonatlich der Klasse die von ihm als Entgelt an seine Hausgewerbetreibenden gezahlte Gesamtsumme mitzuteilen und $\frac{1}{2}$ vom Hundert dieser Summe an die Klasse abzuführen. An fast allen anderen Orten hat man von einer solchen Zuschußzahlung abgesehen. Nur einige Klassen haben damit nicht gebrochen; sie gehen aber anders vor als das Berliner Ortsstatut, indem sie nicht nur ergänzungsweise, neben dem Beitragsdrittel des Auftraggebers, noch die Zuschüsse erheben, sondern den vollen Anteil der Unternehmer durch solche Zuschüsse aufbringen lassen. So haben in Remscheid die Hausgewerbetreibenden für sich und ihre hausgewerblich Beschäftigten zwei Drittel der sachungsmäßigen Beiträge einzuzahlen und die Auftraggeber $\frac{1}{4}$ Proz. des Entgelts für die gelieferte Arbeit. Doch scheint diese Form nicht zu befriedigen, so daß der neue Entwurf, der eine Scheidung macht zwischen den größeren Hausgewerbetreibenden, die mit elementarer Kraft arbeiten, und den kleineren, die dies nicht tun, bestimmt, daß die ersteren für sich und ihre Hilfsarbeiter die vollen sachungsmäßigen Beiträge zu entrichten haben. Für alle übrigen Hausgewerbetreibenden und deren Hilfsarbeiter haben die Auftraggeber die Beiträge einzuzahlen; dieselben sind nach dem Entgelt zu bemessen, den der Auftraggeber an den Hausgewerbetreibenden für gelieferte Arbeit zahlt. Der Wert der Roh- und Hilfsstoffe, den das Versicherungsamt festsetzt, bleibt bei Berechnung des Entgelts außer Ansatz. Der Auftraggeber hat 3,75 Proz. des Entgelts an die Klasse zu entrichten; er ist berechtigt, dem Hausgewerbetreibenden zwei Drittel des Betrages in Abzug zu bringen.

Die verwickeltste Form der Beitragszahlung bietet das vom Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen geschaffene „Musterstatut“. Nach Vorschlag a hat der Auftraggeber 5 Proz. des Entgelts an die Klasse zu zahlen; sie können drei Fünftel dieser Summe dem Hausgewerbetreibenden als Beitrag abziehen. Der Beitrag des Hausgewerbetreibenden soll aber nicht 3 Proz. des Entgelts, sondern 3 Proz. des Grundlohnes betragen. Decken die 3 Proz. des Entgelts nicht die volle Beitragssumme von 3 Proz. des Grundlohnes, so ist die fehlende Summe vom Hausgewerbetreibenden nachzuzahlen. Für die „hausgewerblichen Arbeiter“ haben die Hausgewerbetreibenden ein Drittel der Beiträge zu zahlen, diese selbst zwei Drittel. Unter „hausgewerblichen Arbeitern“ sind die durch Dritte beschäftigten Heimarbeiter (im landläufigen Sinne des Wortes) zu verstehen. Für den Werkstattarbeiter sind die vollen Beiträge nach dem allgemeinen Massensatz zu zahlen. Auf diese Zahlungen wird dem Hausgewerbetreibenden gutgebracht, was von den durch den Oberauftraggeber eingezahlten 3 Proz. des Entgelts nach Deduktion der Beiträge (3 Proz. des Grundlohnes) etwa verbleibt. Noch weiter wird die Sache in dem Falle kompliziert, daß die Hausgewerbetreibenden oder hausgewerblichen Arbeiter ihre Betriebsstätte nicht im Klassenbezirk haben, vorübergehend auf eigene Rechnung arbeiten, Hausgenossen beschäftigen oder für mehrere Auftraggeber arbeiten.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß diese papiernen Vorschriften, die auch auf der Tagung des Verbandes starken Widerspruch hervorriefen, viel Nachahmung finden werden. Das Beispiel fast aller

Deutschland zu zerstückeln (etwas ist doch von den früheren Lektionen des „Vorwärts“ in den Köpfen geblieben), so entflammte die Herzen die Losung: „Kampf gegen den Zarismus, „heiliger Born“, „heilige Mission“. Diese Losung verlieh dem Krieg jene idealistische Nuance, ohne welche der Krieg nicht populär werden konnte.“

Im zweiten Artikel schrieb A. Kollontaj über den „Vorwärts“:

„Besonders überraschend war die Wendung, welche sich im Tone des „Vorwärts“ binnen ein bis zwei Tagen vollzogen hat. Noch am 31. Juli hielt der „Vorwärts“ die Parteifahne hoch und brandmarkte klar und unerbittlich den wahren Charakter des Krieges. Er beschuldigte Oesterreich wegen des Ultimatus an Serbien, behauptete, daß diese Politik Rußland auf den Plan rufen wird, und rief in Empörung aus: „Und mit einem solchen Verbündeten ist Deutschland bereit, durch dick und dünn zu gehen?“ Aber nachdem der Kaiser sein Hohenzollernsches Schwert herausgezogen und vom Balkon seines Schlosses dem Volke gesagt hatte, daß er den Krieg gegen seinen Willen zu führen gezwungen sei, fand der „Vorwärts“ nicht die Sprache zur Antwort, welche er 30 Jahre lang gesprochen hatte, sondern hieß es sogar für möglich, die Genossen zu ermahnen, sich vernünftig zu verhalten, sich nicht hinreißen zu lassen usw. („Vorw.“ 2. August 1914.) Wenn die Massen immer noch erwarteten, daß die Partei die Parole ausgibt, die er möglichen würde, sich in den Ereignissen zurechtzufinden und die den Weg, die Richtung weisen würde, in welchen sich die Ereignisse entwickeln können, so machte der „Vorwärts“, vom Augenblick des Kriegsausbruchs an alles, um die Stimmung zu zerbrechen und so zu gestalten, daß die Welle des Chauvinismus die Massen hinreißt. Es darf nicht vergessen werden, daß der Tod von Jaurès und die außerordentliche Spannung der letzten zwei Tage im Augenblick der Mobilisationsverkündigung eine Atmosphäre schufen, welche voll Erwartungen war. Wer weiß, wie sich die Welt ereignisse geendet hätten, wenn der „Vorwärts“ und nach ihm die gesamte Parteipresse die „Fahne der Revolution“ nicht zusammengestoßen hätte. Aber der „Vorwärts“ schlug einen solchen Ton an, daß die ersten zwei Nummern nach der Kriegserklärung sich keine Beschlagnahme zugezogen haben. . . . Und beim Anblick des Jubels einiger deutscher Sozialchauvinisten anlässlich der Zulassung des „Vorwärts“ zum Verkauf auf den Bahnhöfen und in die Armee tauchte unwillkürlich der Gedanke auf: Hätte der „Vorwärts“ auch in der Friedenszeit diese Sprache geführt, dann würde seiner Zulassung in die Armee auch früher nichts im Wege gestanden haben.“

Was sagt die „Vorwärts“-Redaktion zu diesen ideologischen Wandlungen? Interessant, nicht wahr, höchst interessant. . . !

III.

Natürlich ist niemand gezwungen, sich den Auffassungen jener mißvergnügten „Vorwärts“-kritiker anzuschließen. Wir führen sie ja auch lediglich an als ein Beispiel, wohin man nach den Zitierungskünsten des „Vorwärts“ geraten kann. Aber das waren doch nur Urteile, höchst subjektive Urteile, ohne auch nur einen einzigen Satz aus dem „Vorwärts“ selbst anzuführen, wird man uns ein-

wenden. Nur gemacht — auch daran soll es nicht fehlen. Bloß konnte man uns nicht mit der Ausrede, die der „Vorwärts“ brachte, als ihn Genosse W. Heine am 25. Februar d. J. auf seine Anerkennung der friedlichen Haltung Wilhelms II. und den Ausdruck seines Vertrauens auf dessen souveräne Entscheidung („Vorwärts“, 30. Juli 1914) festlegte — „daß der Artikel in einer ganz anderen Situation für den Tag und aus dem Tag geschrieben wäre.“ Solche Widerungsgründe können für ideologische Wandlungen nicht geltend gemacht werden.

Wie mögen die Pannekoek und Kollontaj wohl zu ihren bitteren Urteilen über den „Vorwärts“ gekommen sein? Ein aufmerksames Studium des „Vorwärts“ vor und nach dem Kriegsausbruch gibt darüber hundertfachen Aufschluß.

Prüfen wir zunächst das Urteil des „Vorwärts“ über den Krieg selbst. Vor dem Kriege, am 25. Juli 1914, schrieb er:

„Sie wollen den Krieg, die gewissenlosen Elemente, die in der Wiener Hofburg Einfluß haben und Ausschlag geben. Sie wollen den Krieg. . . Das österreichische Ultimatum an Serbien macht es deutlich und aller Welt offenbar.“

Am 26. Juli 1914: „... wahrscheinlich bejahnd auch auf Serbiens Seite der ernste Wille, Oesterreich nach Möglichkeit entgegenzukommen. Aber Oesterreich bestand unerbittlich auf seinem Schein. . . . In welche Verwicklungen Deutschland durch die standalöse Heberumpelung durch Oesterreich geraten wird. . . , steht völlig dahin. . .“

„In dieser Zeit des allgemeinen Bangens und der absoluten Verwirrung ist die proletarisch-sozialistische Politik für die werktätigen Massen des Volkes der einzige Leitstern des Handelns.“

Am 29. Juli 1914: „Oesterreich hat der faktischen Erklärung des Kriegszustandes. . . noch die formale Kriegserklärung folgen lassen. Selbst wenn die papierne Drohung nicht alsbald durch militärische Operationen unterstrichen würde, wäre das eine neue unerhörte Provokation, ein neuer Faustschlag ins Gesicht aller politischen Vernunft, eine neue Verhöhnung der friedliebenden Mehrheit der Nationen.“

Am 30. Juli 1914: „Wie die Dinge liegen, fällt von Wilhelm II. die Entscheidung. So unverfälscht prinzipielle Gegner der Monarchie wir allezeit gewesen sind und sein werden, so bitteren Kampf wir häufig gegen den temperamentvollen Träger der Krone führen mußten, so unumwunden erkennen wir, heute ja nicht zum ersten Male, an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung, namentlich in den letzten Jahren, als aufrichtiger Freund des Völkerfriedens bewährt hat. Sofern es menschlicher Fähigkeit und gutem Willen überhaupt gegeben wäre, souverän die Geschehnisse von vielen Millionen im Sinne der Menschlichkeit und der Vernunft zu entscheiden, brauchten die Befürchtungen in der augenblicklichen Lage nicht zu groß zu sein. Aber auch der tatkräftigste Mensch ist Einflüssen nicht unzugänglich.“

Am 31. Juli 1914: „Auch Rußland graut schließlich — so gut wie allen beteiligten Staaten — vor dem Weltkriege. Aber die deutsche und österreichische Regierung müssen doch begreifen, daß das zarische Rußland von

Im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ (Maiheft 1915) schreibt ein anonymes Verfasser die „Sozialpolitische Chronik“, die er der Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1914 widmet. Am Schlusse behandelt er den Einfluß des Krieges auf die gewerkschaftliche Ideologie und er will da entdeckt haben, daß die Haltung der Gewerkschaften, die anfangs des Krieges ganz der Partei entsprach, infolge des Krieges eine völlig andere geworden sei. Es sei die Auffassung verdrängt, daß die Arbeiterbewegung eine weltgeschichtliche Wendung bedeute. Alles was je auch von dem Krieg als Vorstufe der sozialen Revolution gesagt wurde, scheine vergessen. Völlends sei die Lehre in den Hintergrund gedrängt, daß der Staat der Ausschluß der herrschenden Klassen sei, — er werde als etwas von den Klassen Unabhängiges unterstellt und daher eine Durchsetzung des Klasseninteresses der Arbeiter gegen die Unternehmer mit Hilfe des Staates erwartet. — Der Mann zitiert zum Beleg für seine Entdeckung, wie gesagt, einige Sätze aus fast einem ganzen Jahrgang des „Corr.-Bl.“, die er obendrein aus dem Zusammenhange reißt. Er hätte natürlich, wenn er etwas mehr voraussetzungslös geforscht hätte, hundertmal so viele Sätze entdecken können, die seine Auffassung entkräften. Aber er scheint sich in den Kopf gesetzt zu haben, in den Gewerkschaften ein dankbares Objekt für psychologische Studien zu finden, und da er seine Auffassungen in einer bürgerlichen Zeitschrift zum besten gibt, wird man ihn daran nicht hindern können. In den „Preuß. Jahrbüchern“ hat ja auch ein Monitor allerhand krauses Zeug über die Sozialdemokratie zusammengeschrieben. Wir ließen den Mann laufen.

Andere Auffassungen von den Pflichten eines Arbeiterblattes belätigt der „Vorwärts“. Ihm kommt der bürgerliche Anonymus mit seinen ungeheimten Entdeckungen gerade recht, um das Zentralorgan der deutschen Gewerkschaften zu verhöhnen. Er zitiert aus den Zitaten des bürgerlichen Illusionisten wieder nur Zitate und serviert sie unter der Ueberschrift: „Von großen Umlernen“, als „interessante Ausführungen“ seinem Publikum. Wobei er so tut, als ob er von einem Weltkriege nichts zu lernen brauche und immer der ruhende Pol in der Erscheinungen-Flucht geblieben sei. Als ob er daher das Recht habe, alle anderen auf den Scheiterhaufen zu bringen — die Scheidemann, Heine, Lenjch, Gänisch, die ganze Reichstagsfraktion, die Gewerkschaftsführer — alles, was nicht auf den reinen Sozialismus des vierten Stockwerks schwört.

Ist's Unsinn gleich, so hat es doch Methode! Wohin aber die Methode des „Vorwärts“, uns mit Zitatentünften und ideologischen Reflexionen Dritter totzuschlagen, führt, wollen wir dem „Vorwärts“ an einigen Beispielen klarmachen. Wir verzichten dabei natürlich auf bürgerliche Schwurzeugen, einmal deshalb, weil wir parteigenösslich genug sind, ein Arbeiterblatt nicht mit bürgerlichen Waffen zu bekämpfen, zweitens aber, weil wir das gar nicht nötig haben. Denn es stehen uns Meinungsäußerungen von Sozialisten genug zur Verfügung, noch dazu von den aller nächsten Gesinnungsfreunden des „Vorwärts“, die auch etwas von dem großen „Umlernen“ erzählen können.

II.

Im Oktober 1914 schrieb Anton Pannekoek im „International Socialist Review“ (Chicago) in einem Artikel „Der große europäische Krieg und der Sozialismus“: „Unter den Arbeitern bestand ein

Mangel an Geist, gegen den Krieg offen aufzutreten. Mehr noch als das, in weiten Zirkeln, sogar unter Parteimitgliedern, war man für den Krieg. Im „Vorwärts“ und manchen anderen Parteiblättern wurde der Krieg dargestellt als ein Krieg gegen den Blutzaren, ein Krieg gegen russischen Barbarismus. Man zitierte Karl Marx, der 1848 Deutschland zu einem Krieg gegen Rußland aufgefordert habe. . . . Auf diese Weise wurde der Krieg unter den Arbeitermassen populär gemacht.“

In der holländischen separatistischen „Tribüne“ schrieb A. P. (annetoeft) schon im August 1914: „Die bürgerliche Presse preist die Vaterlandsliebe und die Einsicht der Arbeiter. . . , der „Vorwärts“ und andere Parteiorgane können auf den Bahnhöfen verkauft werden, die Militärprozesse z. B. gegen Rosa Luxemburg wurden eingestellt. Der „Vorwärts“ konstatiert, scheinbar ohne die Selbsterniedrigung zu fühlen, daß also das kaiserliche Wort, daß es keine Parteien mehr gebe, tatsächlich stimmt.“

Der „Milwaukee Leader“ vom 11. Dezember 1914 veröffentlicht ein Interview mit Alexandra Kollontaj, die aus Deutschland ausgewiesen nach Skandinavien ging. Darin erwidert A. K. auf die Frage nach dem „Vorwärts“:

„Darin steckt die dunkelste Seite der Geschichte. Nachdem der Krieg begonnen hatte, wurden die Russen von den Behörden. . . aus den Häusern geholt; jeden Morgen gab es. . . Polizeibesuche. Nach all diesen Beleidigungen ging ich Tag für Tag zu Liebknecht, damit die Partei diese Gewalttätigkeiten bloßstelle und ihre russischen Genossen beschütze. Aber die ganze Stimmung war schrecklich patriotisch und national. Die Partei tat nichts. Dann ersuchten wir, daß der „Vorwärts“ Tatsachen darüber veröffentlichte. . . Das wurde versprochen, und am 6. und 7. August waren unverständliche Notizen in dem Blatte und nachdem wieder nichts. Nur zu Beginn arbeitete die Regierung enge mit den Sozialisten zusammen. Nachher wurde eine andere Haltung eingenommen. Die krönende Schande ist die Geschichte des „Vorwärts“, dem wieder gestattet war, zu erscheinen, und zwar unter. . . Bedingungen. Gaase und Fischer schrieben eine Note an den Oberkommandierenden Kessel, worin sie sich einverstanden erklärten, daß sie in dem Blatte nicht wieder über den Klassenkampf oder Klassenunterschiede sprechen würden. Das Blatte erschien wieder am 1. Oktober, und an der Spitze erscheint diese niedrige Uebergabe. Wie der Redakteur eines russischen Blattes geschrieben hat: der „Vorwärts“ ist tot, so frage ich, wenn der nächste internationale Kongreß zusammentritt: „Wie werden wir uns gegenseitig ins Gesicht schauen?“

Im „Rasche Slowo“, dem russischen Sozialistenorgan in Paris, schrieb dieselbe Emigrantin Kollontaj am 4. bis 10. April 1915 über „Die deutsche Sozialdemokratie in den ersten Tagen des Krieges“: Der Krieg war in Deutschland vor dem 1. August unpopulär. Der Augenblick war für ein bestimmtes entschlossenes Auftreten der Partei günstig. Populär wurde der Krieg erst dann, als der „Vorwärts“ seit dem 20. August begann, die Front offenkundig zu ändern und bescheiden, aber deutlich zu stammeln, daß die Ausschweifungen des Chauvinismus zwar zu vermeiden seien, daß es sich aber geziemt, für das Hohenzollernsche Vaterland zu sterben. . . . Wenn die Arbeiter auch nicht sehr daran glaubten, daß Deutschland von den Feinden überfallen worden war, daß neidische und rüdische Nachbarn sich entschlossen,

Bekanntnis: „Wir sagen nicht im Kriege; mit eiserner Kraft wollen wir ihn bestehen, um die Bahn frei zu haben für die geistige und sittliche Vervollkommnung der Menschheit!“

Und am 25. August hatte der „Vorwärts“ den großen Sieg im Westen mit folgenden Sätzen gefeiert: „Wir haben diesen Sieg erwartet. Kein anderer Staat hat so wie Deutschland alle Kräfte, nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen, in den Dienst der militärischen Organisation gestellt. Wie Deutschland die beste industrielle Organisation, die besten gewerkschaftlichen und politischen Vereinigungen hat, so auch den besten Kriegs- und Herrschaftsapparat. Und dazu kommt die Ueberlegenheit der Technik und die Hebermacht des großen Volkes.“

Dass er inzwischen den Krieg als Verteidigungskrieg für Deutschland einschätzen gelernt hat, lassen folgende Sätze zur Genüge erkennen: „Doch eine Sorge bewegt uns. Freilich die größte, ernsteste, die Sorge um die Existenz und ungehinderte Selbstbehauptung der deutschen Nation, die ist durch den bisherigen Gang der Ereignisse von uns genommen und wird, so hoffen wir mit Zuversicht, nicht mehr wiederkehren.“

Im gleichen Artikel entdeckt der „Vorwärts“ als eigentlichstes Kriegsziel die Niederwerfung und Vernichtung des Zarismus und die Befreiung der Nationen, — Befreiung vom Moskowitertum, Freiheit und Unabhängigkeit für Polen und Finnland, freie Entwicklung für das große russische Volk selbst, Lösung des unnatürlichen Bündnisses zweier Kulturnationen von der zaristischen Barbarei, das war das Ziel, das das deutsche Volk begeistert und opferbereit gemacht hat.“

Dass andere Nationen ihre Befreiung von den Deutschen zu erwarten hätten, mußte den Genossen vor dem Kriegsausbruch ebenso unbegreiflich bleiben, wie die andere Auffassung jenseits der Grenzen, daß die Ententemächte die Mission hätten, das deutsche Volk von seinem Militarismus zu befreien. Aber so wurde der Krieg populär gemacht.

Einen Rückfall in die alte Tradition erlitt der „Vorwärts“, als Jules Guesde und Sembat ins französische Ministerium eintraten. Am 28. August erklärte er jeden Zweifel ungerechtfertigt, „daß die Männer, die heute die französische Regierung bilden, in ihrer Mehrheit für einen Frieden, der die nationale Sicherheit und Integrität gewährleistet, einzutreten bereit sind. Ihr Eintritt ins Ministerium stützt also die Friedensaussichten, wenn dieser Friede ein solcher ist, wie ihn auch das deutsche Volk wünschen muß, ein Friede ohne Eroberung, ein Friede, der zur Verständigung mit dem französischen Volke führt.“ Bald danach machte der Vertrag zwischen den Ententemächten, der jeden Sonderfriede ausschloß, dieser Illusion ein Ende.

Der große Sieg bei Tannenberg verflüchtigte die letzten Vorbehalte. Am Tage nach seiner Bekanntgabe, am 31. August, schrieb der „Vorwärts“:

„Auf jeden Fall können wir uns aber des Sieges freuen, den unsere Brüder im Waffenrock über die Zarentruppen errungen haben. Mögen ihre Aufopferung und ihr Mut auch fernerhin von Erfolg gekrönt sein, ein Erfolg, der uns nicht

nur von der Invasion des Moskowitertums befreit, der uns vielmehr auch nach dem Kriege den Aufstieg zu höherer politischer und sozialer Kultur ermöglicht.“

Und am 1. September, nach einem Monat Kriegsführung, passiert das Gesändnis: „Freude und Begeisterung über die ersten militärischen Erfolge, — gewiß, die wird man nach all dem verstehen können.“

Das Ergebnis eines einzigen Kriegsmonats! Am 2. September durfte der „Vorwärts“ in Zeitschrift die Mitteilung publizieren, daß das Kriegsministerium ihn zur Verbretung im Heere zugelassen habe; allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Veröffentlichung von Artikeln unterbleibt, welche geeignet seien, den einheitlichen Geist des Heeres zu beeinträchtigen.

Das letztere ist dem „Vorwärts“ nicht leicht geworden, denn je ungehemmter er sich der Freude an den deutschen Siegen hingab, desto mehr fühlte er das Bedürfnis, von Zeit zu Zeit die alte Parteifahne das Bedürfnis, von Zeit zu Zeit die alte Massenkampffahne zu schwingen. Diese Zweifrontentaktik ist für ihn der leitende Gesichtspunkt im zweiten Kriegsmonat. Sie endete mit einem völligen Zusammenbruch.

Am 9. September schreibt er:

„Die hunderttausende Proletarier, die hinausjagen an die Grenzen des Reichs, die dort jetzt unter unjäglichen Mühen, unter schweren Opfern den Krieg führen, sie tragen ihr Leben gewiß nicht zu Markte, um den Interessen einer kleinen Schicht zu dienen. Sie schlagen sich und nehmen Mühen, Entbehrungen sonder Zahl auf sich in der Hoffnung, daß die Abwehr der Feinde, der Sieg in dem gewaltigen Ringen dem Volksganzen zugute kommt, daß er ihnen, den Massen der Arbeiter, den Boden schafft, auf dem sie dann im Frieden stärker und weniger gehemmt denn je ihre Kraft entfalten können.“ Das Ziel, das Hunderttausende befeuert und aufrecht hält in den Stunden der Erschöpfung, anteuert in den Stunden des Kampfes, dieses Ziel ist sicherlich kein anderes als das: „Wir wollen Ruhe haben nach außen, freie Bahn unserer Entwicklung im Innern, wollen zeigen, was die sonst mißhandelten Massen der Proletarier vermögen, wollen uns erringen, was man uns so lange vorenthielt, gleiches Recht für alle — auf daß wir so den Boden ebnen, auf dem wir dann Abrechnung halten können, falls man uns fürder unterdrücken und unsern wirtschaftlichen (?) Aufstieg zu hemmen suchen wollte.“

Am 11. September beteuert der „Vorwärts“: „Wir führen den Kampf für die deutsche Kultur — die Arbeiterklasse wenigstens ist nicht gewillt, ihr Blut für anderes zu opfern.“

Am 15. September jubelt der „Vorwärts“ dem Reichskanzler zu, der in einer Kundgebung gegen England erklärte, daß die Sache der Freiheit der europäischen Völker und Staaten dem deutschen Schwert zur Wahrung übertragen sei:

„Wenn dies das Programm der deutschen Regierung ist, das sie im Ernst und in der Wahrheit durchzuführen bestrebt sein will, dann darf man davon mit aufrichtiger Genugtuung Kenntnis nehmen. . . . Man muß aus ihnen heraus hören, was die Sozialdemokratie von jeher als einziges Ziel aufgestellt hat, das diesem Kriege etwas wie eine Rechtfertigung vor der Kultur geben

seinem Standpunkt aus seinen Schülern Serbien gar nicht bedingungslos preisgeben kann. Sicherlich wird sich Rußland unter dem Druck seiner inneren Verhältnisse und der Beeinflussung durch die entschieden friedliebende französische Regierung — trotz seiner Mobilisation — mögliche Zurückhaltung auferlegen und weitgehende Konzessionen machen. Daß es freilich bedingungslos, auf Gnade und Ungnade, Serbien der österreichischen „Strafexpedition“ ausliefern kann, erscheint total ausgeschlossen.“

Das war der Standpunkt des „Vorwärts“ vor dem Kriege. Am Tage der Verhängung des Kriegszustandes, am 1. August, streckt die proletarisch-sozialistische Politik des „Vorwärts“, der einzige Leitster seines Handelns, die Waffen: „Die Entscheidung über den Inhalt der Zeitungen . . . liegt jetzt in den Händen der Militärbefehlshaber. Die Verordnungen, die von dieser Militärbehörde erlassen sind, zwingen uns Einschränkungen auf und bedrohen den Bestand unserer Zeitung. An unserer Ueberzeugung und prinzipiellen Haltung wird selbstverständlich nichts geändert.“

Zwölf Tage später heißt es in einem Artikel zum Jahrestage des Ablebens Babels:

„Bebel war weit entfernt von jener bürgerlichen Friedensschwärmerei, die vor den harten Tatsachen die Augen schloß und vermeinte, durch wohlgemeinte Predigten die dem Kapitalismus innewohnenden Gegensätze aus der Welt schwächen zu können. Er war tief durchdrungen von der Ueberzeugung, die auch Marx und Engels immer vertraten, daß die völlige nationale Selbständigkeit und Freiheit, die Beseitigung jeglicher nationalen Fremdherrschaft, die unbedingte Sicherung des eigenen Landes vor jeder Invasion eines fremden Eroberers die Grundbedingung für die ungestörte Entwicklung der Arbeiterbewegung ist. Nicht wehrlos wollte er sein Volk machen, sondern wehrhaft und stark durch eine demokratische Verfassung, die die Verfügung über seine Waffengewalt dem Volke selbst gibt. Und der große Revolutionär war entschlossen, selbst in den Kampf zu ziehen zur Verteidigung seines Volkes, wenn der Zarismus, damals noch durch keine revolutionäre Arbeiterbewegung im eigenen Lande geschwächt, es wagen sollte, dem geschichtlichen Fortschritt sein barbarisches Halt zu bieten.“

Am 14. August entwickelt der „Vorwärts“ ganz unvermittelt strategische Kenntnisse: „Es ist uns unerfindlich, wie in den deutschen Grenzgebieten, in Oberschlesien, der Provinz Posen und in Westpreußen eine kopflose Russenangst sich bemerkbar machen konnte. Die Grenzbevölkerung sollte doch am ehesten wissen (was man in der „Vorwärts“-Redaktion ganz genau weiß! D. B.), daß ein Eindringen russischer Truppen von Russisch-Polen aus absolut ausgeschlossen ist. Ein paar Kosaken könnten hier und da über die Grenze reiten, ehe die preussischen Truppen sich in Bewegung setzten, aber von ernstlichen Operationen diesseits der Grenze konnte und kann in Zukunft nicht die Rede sein.“

Vier Tage später muß der „Vorwärts“ von russischen Plünderungen und Brandstiftungen in deutschen Ortschaften berichten, und am 23. August heißt es: „Starke russische Kräfte sind

gegen die Linie Gumbinnen—Angerburg im Vorgehen.“

Am 15. August 1914 gibt der „Vorwärts“ ohne Widerspruch und Kommentar die Randbemerkung eines österreichischen Correspondenzbureaus zu der englischen Note über den Kriegsausbruch wieder, „daß der Konflikt Oesterreich-Ungarns“ mit einem unabhängigen Staate wie dem Königreich Serbien und speziell in einer Frage, welche die internationale europäische Politik nicht berührt, nicht als Provokation zu Feindseligkeiten zwischen europäischen Mächten betrachtet werden kann.“

Allerdings hatte das Blatt noch am 9. August an leitender Stelle geschrieben: „Wenn manche unserer Leser in diesen Tagen über den „Vorwärts“ befremdet sind, so sollten sie doch bedenken, daß ihr Blatt, ohne daß auf seine prinzipielle Haltung verzichtet wurde, in seiner Bewegungsfreiheit gewaltig eingeschränkt wurde.“ Und am 10. August heißt es über die Zeitung im Kriege: „Auch die redaktionelle Arbeit bei einer großen Zeitung erfordert jetzt ein hartes Maß von Mühe und Geduld. . . . Kontrolle fehlt oft gänzlich.“

Das erklärt sicherlich manche Unterlassungssünde, nicht aber solche positiven Wandlungen, wie im Leitartikel vom 18. August 1914: „Alle sagen dasselbe und betonen es mit gleicher Leidenschaft, daß sie den Krieg nicht gewollt haben, daß sie zu ihm nur gezwungen wurden, daß sie nur in der höchsten Notwehr gehandelt haben, als sie den Krieg erwählten. In einem gewissen Ausmaß mag das sogar bei allen der Fall sein. Denn keiner von den fünf großen Militärrstaaten, die nun in einem Ringen auf Tod und Leben begriffen sind, wird sich darüber im unklaren befinden, was ein moderner Krieg bedeutet. Die Wahrheit wird wohl sein, daß sie alle den Frieden bewahren wollten, alle aber auch mit dem Kriege rechneten, . . . der von ihnen ausgehen sollte.“

Und 8 Tage später, am 26. August, verkündet der „Vorwärts“ durch E. Bernstein:

„Der Krieg, der gegenwärtig in Europa wütet, ist unbestreitbar in erster Reihe Rußlands Krieg. Die Regierung des Zaren ist freilich nicht die allein Schuldige . . . Daß dem herausfordernden Auftreten Rußlands in der serbischen Angelegenheit der Empfang des Herrn Poincaré in Petersburg unmittelbar vorausging, ist bezeichnend für eine Politik, deren Praxis viel weiter zurückreicht, als den meisten bekannt ist.“ Und nun übernimmt der „Vorwärts“ die Aufgabe, „die Geschichte der Machenschaften des zarischen Rußlands gegen die Erstarkung und Sicherheit Deutschlands“ wenigstens in seinen Hauptzügen dem deutschen Volke und zugleich den Sozialisten und aufrichtigen Demokraten des Auslands vor Augen zu führen. Er schließt den Artikel mit der Versicherung, zu untersuchen, was geschehen müsse, damit das Ende gehörig anders ausfalle, als die Brandstifter in Petersburg und Moskau sich ausgemalt haben.

Von dieser neuen Erkenntnis, daß die Urheber des Weltkrieges in Petersburg und Moskau und nicht in Wien sitzen, bis zur veritablen Kriegsbegeisterung ist für den „Vorwärts“ nur noch ein Schritt gewesen. Er war freilich schon vorher halb getan, denn im Leitartikel vom 18. August finden wir bereits das

Noch ist deutscher Boden vom Feinde frei und allen Gegnern der Beweis geliefert, daß ein großes, in der Verteidigung seiner Unabhängigkeit einiges Volk nicht unterdrückt werden kann. . . . „Und so sind wir überzeugt, daß auch bei uns ausführliche parlamentarische Debatten nirgends den Eindruck abschwächen könnten, daß das deutsche Volk entschlossen ist, in diesem großen Kriege mit gesammelter Kraft und restloser Energie all seine Kraft aufzubieten, um seine Gegner von seinen Grenzen zurückzuschlagen und sich einen gerechten und dauernden Frieden zu sichern.“

Am 3. Dezember feiert der „Vorwärts“ den Reichskanzler ob seiner Reichstagsrede vom 2. Dezember: „Unter großer Spannung des überfüllten Hauses nahm der Reichskanzler das Wort zu einer mit großer Wärme und eindringlichem Ernst vorgetragenen Rede über die politische und militärische Lage.“ . . . „Den Schluß seiner Rede hatte der Kanzler mit großer innerer Erregung, die sich auch auf das Haus fortpflanzte, gesprochen.“

Diese innere Erregung hinderte wahrscheinlich die „Vorwärts“-Redaktion, zu dem Teile der Kanzlerrede Stellung zu nehmen, die die innere Politik nach dem Kriege behandelte. Daraus scheint sie das Recht herzuleiten, das „Corr.-Bl.“ zu ironisieren, das sich dieser Pflicht der Stellungnahme nicht entzog.

Am 13. Dezember veröffentlichte der „Vorwärts“ einen Feldpostbrief, in dem ein als Landwehrmann im Osten kämpfender Parteigenosse schreibt: „Aber alle diese Opfer werden gebracht in dem Bewußtsein, daß sie notwendig sind, daß sie die Ausfaat bilden, aus der etwas Neues und Großes heranzuwachsen soll. Wenn ich so sehe, wie wir Arbeiter im Waffenrock als etwas Selbstverständliches diese gewaltigen Opfer bringen, wie wir immer und immer wieder in den Kugelnregen hineinstürmen, für das Vaterland, für die Heimat, da habe ich das Empfinden, daß man auch uns Armen des Volkes das kommende Anrecht auf Licht, Luft und Sonnenschein in der Heimat, für die wir kämpfen, schaffen muß. Diese großen Opfer erfordern als Entgelt von der Heimat, Raum schaffen für alle, die im Schatten leben. In diesem Sinne sehe ich gern meine Person ein, so oft es gefordert wird, aber ebenso gern wünsche ich später mein Teil an der Arbeit des friedlichen Aufbaus zu tragen. Denke ich an das Neue, das kommen muß, so will es mich wie Frühlingsahnen überkommen, dann sehe ich nicht die Greuel und Schrecken des Schlachtfeldes; ich tue meine Pflicht in dem Bewußtsein, das Rechte zu tun für das Vaterland im höchsten Sinne.“

Hatte Gertrud Bäumer nicht recht, wenn sie in der „Hilfe“ den „Vorwärts“ lobt: „Die Feldpostbriefe von Parteigenossen, die der „Vorwärts“ veröffentlicht, zeigen durchweg ein schönes Durchdrungensein von fester vaterländischer Gesinnung.“

Damit wollen wir vorläufig die Sammlung unserer Lesefrüchte aus dem „Vorwärts“ hinsichtlich seiner Wandlungen zu im Kriege abschließen. Sie haben sicherlich den Beweis erbracht, daß die bitteren Mlagen der früheren Gesinnungsfreunde der „Vorwärts“-Redakteure: der „Vorwärts“ habe seine Front völlig verändert und zur Popularisierung des Krieges beigetragen, — der realen Grundlage nicht ermangeln. Natürlich liegt es uns fern, dem

„Vorwärts“ aus dieser seiner Haltung einen Vorwurf zu machen. Wir erfüllen in diesem Falle lediglich die Pflicht, die ideologische Umformung, die sich während des Krieges im „Vorwärts“ vollzogen hat, zu erforschen. Diese Wandlungen beschränken sich indes nicht auf seine Haltung zum Kriege, sie haben den ganzen Komplex seiner Geistesaktivität, seine Stellungnahme zur inneren und äußeren Politik, zur Sozialpolitik und zum Klassenkampf erfaßt. Illusionen über Illusionen machen sich auf allen diesen Gebieten breit, wo vordem „die proletarisch-sozialistische Politik der einzige Leitstern des Handlens“ war. Davon in einem weiteren Artikel.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Gesetzliche Sicherung der Vereinbarungen über die soziale Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Es ist sicher eine der erfreulichsten Erscheinungen dieser an freundlichen Lichtpunkten so armen Kriegszeit, daß sich in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes das Bestreben bemerkbar macht, den Kriegsteilnehmern, die durch Verwundungen und Verstümmelungen einen Teil ihrer früheren Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, durch eine weitgehende soziale Fürsorge neue Erwerbsquellen zu erschließen, sei es, daß man sie durch eine ihrer jetzigen körperlichen Beschaffenheit besonders angepaßte Ausbildungsmethode in den Stand setzt, ihren alten Beruf mit bisher unbekanntem natürlichen oder mechanischen Hilfsmitteln fortzusetzen, oder sie für einen neuen Beruf auszubilden.

Dieser Teil der sozialen Fürsorge ist allerdings nur die — an sich freilich durchaus notwendige — Vorstufe derselben. Die praktische Ausführung, soweit nicht Staat oder Kommune als künftige Arbeitgeber in Frage kommen, liegt bei den Organisationen des wirtschaftlichen Lebens, bei den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Zum Teil ist diese Erkenntnis ja auch schon in die Tat umgesetzt. Ein Teil des Unternehmertums allerdings glaubt diese Frage für sich allein, ohne die Mitwirkung der Arbeiterorganisation, lösen zu können. Es ist die Organisation der Großindustriellen der Eisenindustrie, deren Beschlüsse ja vor einiger Zeit bekanntgegeben wurden. Im Rahmen dieses Auftrages sollen diese Beschlüsse keiner Kritik unterzogen werden, obwohl eine solche gerade vom Standpunkte einer wirklich sozialen Fürsorge am Platze wäre. Hier handelt es sich darum, einen Weg zu zeigen, der unbedingt beschritten werden muß, sollen die in der ersten patriotischen Erregung versprochenen und vorläufig sicher ehrlich gemeinten Anläufe zu einer dauernden sozialen Fürsorge nicht mit der Zeit, wenn erst wieder der Alltag mit seinen Kämpfen seine Rechte geltend macht, in Vergessenheit geraten. Und besonders im Interesse derjenigen Unternehmer, die gewillt sind, ihre diesbezüglichen Versprechungen auch in einer späteren Zeit ehrlich verwirklichen zu wollen, ist es notwendig, den hier vorzuschlagenden Weg zu beschreiben. Dieser besteht darin, daß:

Erstens alle diejenigen wirtschaftlichen Organisationen, die sich über die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in einer für Arbeiter und Unternehmer in gleicher Weise erspriechlichen Art verständigt haben, ihre diesbezüglichen Vereinbarungen allen für gewerbliche und Lieferungsverträge in Betracht kommenden Behörden und Körperschaften einreichen und von diesen verlangen, daß sie ihre Aufträge und Lieferungen nur an solche Betriebe und

konnte: die Zusicherung, daß dieses gewaltige Ringen jenen Völkern, die in der Suedschast anderer, mächtigerer Völkern, die Befreiung von dem fremden Joch bringen soll. . . . Mit einem solchen Kampfsziel, vorausgesetzt, daß es der deutschen Regierung gelingt, die Tefentlichkeit von ihrem Festhalten daran zu überzeugen, muß der Sieg leichter werden als mit jedem anderen. Für einen Frieden auf dieser Grundlage würden die breiten Massen der Bevölkerung geschlossen, mit Jubel, eintreten. . . . Wahrlich, das Wort des Kanzlers ist gut!"

Am 21. September passierte dem „Vorwärts“ infolge Nichtbeachtung der Zensurvorschriften ein dreitägiges Verbot laut Verfügung des Oberkommandos. . . . Ja, ja, — „die Kontrolle fehlt oft gänzlich.“

Am 25. September trat er wieder vor seine Leser mit der Begrüßung: „Ohne Zeitung zu sein in einer Zeit wie jetzt, wo die Ereignisse sich häufen, ist für einen Kulturmenschen eine wahre Pein, eine schwere Strafe. Und gerade auf das liebgewordene Blatt verzichten zu müssen, ist kaum erträglich. Man greift in die Tasche, um nicht ganz ohne Zeitung zu sein, und opfert einen Nidel. Aber enttäuscht legt man die Zeitung aus der Hand: es ist nicht das eigene Blatt. Wohl findet man zum Teil die gleichen amtlichen Mitteilungen über Kriegseignisse und wie man sie auch sonst liest, aber das ist doch nicht der vertraute Ton, den man gewöhnt ist und aus dem man herausfühlt: Hier wird in unserem Sinne geschrieben. . . .“

Man scheint im „Vorwärts“ mit den verschiedensten Tönen vertraut zu sein.

Am 27. September feierte der „Vorwärts“ das 50jährige Jubiläum der Internationale in den höchsten Tönen, die ihm zur Verfügung standen. Darauf erfolgte das zweite Erscheinungsverbot, diesmal für dauernd. Es bedurfte außerordentlicher Schritte des Parteivorstandes und des Leiters der Druckerei, um das Blatt frei zu bekommen. Am 1. Oktober erschien das Blatt wieder mit der amtlichen Veröffentlichung an der Spitze, wonach die Redaktion des „Vorwärts“ im Einverständnis mit den Aufsichtsinstanzen den Entschluß bekundet hat, für die Dauer des Kriegszustandes die Zeitung unter der Bedingung, daß das Thema Klassenhaß und Klassenkampf nicht mehr berührt werden dürfe, zu redigieren und die zur Durchführung notwendigen Maßnahmen innerhalb der Redaktion zu treffen.

Aber auch nach diesem Drama flutete die Kriegsbegeisterung des „Vorwärts“ nicht zurück. Mehr denn je unterstreicht er die Parole des Ausschaltens. Am 6. Oktober: „Es ist für alle verantwortlichen Stellen bei uns, es ist ebenso auch für die Truppen, die für uns draußen im Felde stehen, wohl selbstverständlich, daß Deutschland nur einen ehrenvollen Frieden schließen kann. . . . Das wäre der reichste Lohn jener Braven, die dort jetzt seit 4 Wochen in Wind und Wetter, im Hagel der Geschosse aushalten, — diese nahe Aussicht, nach all dem Ungeheuerlichen an Mühen und Entbehrungen wieder heimwärts ziehen zu können zu den Ihren, die sie so lange entbehrt haben, — wenn sie natürlich, soll es so sein, auch entschlossen sind, noch lange weiter ihre Pflicht zu tun wie bisher, — so lange, bis der Sieg endgültig unser ist!“

Am 7. Oktober: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist ein Teil des allgemeinen Kampfes, in dem wir stehen. Auch er muß siegreich durchgefochten werden, wenn unser Sieg ganz sein soll.“

Am 11. Oktober feiert er die Eroberung Antwerpens als „eine militärische Brauourtat, die die Erstürmung von Lüttich und Namur noch übertrifft, denn Antwerpen ist die zweitstärkste Festung der Welt“.

Am 17. Oktober: „Der bisherige Verlauf auch dieser Kämpfe läßt uns hoffen, daß wir siegreich sein werden und damit die Entscheidung über die spätere Gestaltung der Dinge behalten. . . .“

„Es bleibt die Tatsache, daß Deutschland mit dem Worte des Kaisers vom 4. August: Wir führen keinen Eroberungskrieg, vor der Kulturwelt eine Art Verpflichtung übernommen hat und daß eine auf schonungslose Unterdrückung Belgiens hinizielnde Politik gewiß kein Ziel des Kampfes sein kann, das Deutschland auf die Dauer nützen könnte. Sicherlich soll nicht umsonst getan sein, was unsere Truppen geleistet haben.“

Den Gipfel der Kriegsbegeisterung hat aber der „Vorwärts“ glücklich am 3. November erklimmt, wo er den Brief „eines unserer österreichischen Parteifreunde, der als Offizier die Kämpfe gegen die Russen in Galizien mitmacht“, wiedergibt. Es heißt darin:

„Gelernt habe ich in diesen drei Wochen sehr viel. Zunächst natürlich militärisch. Ich habe den Krieg schon in fast allen Gestalten kennen gelernt: Vorrückung und Rückzug, Angriff und Verteidigung, Sieg und Niederlage. Seit dem 5. bin ich Kompagniekommandant und habe damit eine große Menge mir sonst fremder Sorgen, aber es geht auch damit ganz leidlich. Wertvoller aber ist mir die Erweiterung des psychologischen Gesichtsfeldes, die ich dem Feldzug verdanke. Der Krieg ist ja die gewaltigste aller Massenaktionen und unseiner hat sonst keine Gelegenheit, mit Arbeitern, Handwerkern, Bauern so intim zusammen zu leben, ihr Ach und Weh so gründlich kennen zu lernen wie im Feld, wo der Offizier mit dem Mann ist, schläft und stirbt. Von der Welt sind wir vollständig abgeschnitten, haben keine Zeitungen, keine Kenntnis von den Vorgängen auf den anderen Kriegsschauplätzen. Das Glück, das ich bisher im Gefecht gehabt habe, läßt mich hoffen, daß ich unverfehrt und um die gewaltigste Erfahrung bereichert zurückkommen werde, und die persönlichen Widrigkeiten erträgt man leichter im Bewußtsein, daß es jetzt vielen Millionen ebenso und schlechter geht und daß dieses Massenleiden ein Instrument des geschichtlichen Fortschrittes ist.“

Der „Vorwärts“ veröffentlicht diesen Heberbrief unter der Überschrift: „Ein Instrument der Geschichte“. Es war wahrlich hohe Zeit, daß die Redaktion sich von der Preßkommission ihre prinzipielle sozialdemokratische Haltung bescheinigen ließ. Das geschah in der Nummer vom 24. November anlässlich der Differenzen mit der Generalkommission. Mit diesem Vertrauensvotum ausgerüstet, konnte sie schon wieder einige neue kriegsbegeisterte Sprünge wagen.

Am 2. Dezember schrieb sie: „Noch steht die endgültige Entscheidung aus und noch läßt sich nicht erkennen, wann dem Wunsch aller Völker nach gutem, dauerndem und sicherem Frieden Erfüllung winkt.“

Mais, die wir 1913 einführen. Besser steht es mit dem Hafer, der einen Verbrauch von 7 957 000 Tonnen aufwies; bei einer Einfuhr von 505 000 Tonnen und einer Ausfuhr von 661 000 Tonnen im Jahre 1913. Bei einer guten Ernte werden wir hier in der Lage sein, die Rationen für die Pferde erheblich zu erhöhen. Fehlen wird uns die Einfuhr von rund 363 000 Tonnen Reis, Bohnen, Erbsen und Linsen, die aber sicher durch vermehrten Anbau einen größeren Ertrag geben werden als in früheren Jahren. Können wir eine leidliche Startoffelernte erwarten, so ist nach den bisherigen Erfahrungen anzunehmen, daß der Bedarf gedeckt wird. Um eine Uebersicht in der Verwendung der Ernte zu gewinnen, wird zunächst eine Feststellung der Anbaufläche für die verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse notwendig sein. Ferner müssen wir nach der Ernte eine möglichst sichere Aufnahme des Ertrages haben, um nach einem Probedrusch diesen Ertrag schätzen zu können. Auf Grund einer solchen Aufnahme, die sich aber etwas mehr der Wahrheit nähern muß als die bisherigen statistischen Aufnahmen der Landwirtschaft, ließe sich über die Verwendung der Ernte eine sichere Verfügung treffen. Die Preise brauchen keine Erhöhung über den normalen Stand, denn die höheren Aufwendungen der Landwirtschaft für Düngemittel sind vielfach ausgeglichen durch billige Arbeitskräfte, die ihnen aus den Gefangenlagern zur Verfügung gestellt wurden und die sie bei der Ernte sicher wieder in Anspruch nehmen. Durch das Herabdrücken der Futtermittelpreise wird auch die übermäßig hohe Preislage für Vieh ungerechtfertigt. Dabei sind wir uns nicht im Zweifel, daß der Fleischkonsum der Bevölkerung eingeschränkt werden muß, weil die Viehproduktion nicht auf der Höhe zu halten ist, daß unser Fleischbedarf gedeckt werden kann.

Der Landwirtschaftsrat beklagt sich in einer Polemik, die gegen seine Vorschläge sich geltend machen, daß immer noch ein unerklärliches Mißtrauen gegen die Landwirtschaft vorhanden wäre. Gerade der Landwirtschaftsrat sei es gewesen, der sofort die Festsetzung von Höchstpreisen verlangt habe. Wir wollen das sehr gern anerkennen und es ist uns auch bekannt, daß man die Preisfestsetzungen für Roggen und Weizen reichlich hoch fand. Aber es ist doch in den landwirtschaftlichen Kreisen der Appetit mehr an den hohen Preisen als an den Festsetzungen der Höchstpreise gewachsen. In diesen Kreisen wurde der verkehrte Grundsatz propagiert, durch hohe Preise eine Sparsamkeit im Verbrauch und eine zweckmäßige Verwendung zu erzielen. Bei einem solchen System kommen wir zuucherpreisen und zu einem sehr berechtigten Mißtrauen gegen die einflussreichen Kreise der Landwirtschaft. Wir sind uns darüber klar, in der kapitalistischen Produktionsweise müssen die Produktionskosten gedeckt werden, zuzüglich eines Unternehmergewinns; um diesen Gewinnanteil streiten Produzenten und Händler, und das Treiben nach aufwärts kennt kein Ziel, wenn nicht im Interesse des Konsumenten vom Staat eingegriffen wird.

Das ist bisher sehr zögernd und nicht immer so geschehen, daß der Gewinn in mäßigen Grenzen gehalten wurde. Für die neue Ernte muß die Unterlage geschaffen werden, die uns das Auskommen mit den Erträgen sichert und die Spekulation der Preistreiberer ausmerzt. Die Preise werden bei einer gerechten Abschätzung immer noch sehr vielen Arbeiterfamilien die Möglichkeit nehmen, voll-

wertige Nahrungsmittel zu beschaffen. Millionen Frauen sind mit ihren Kindern auf die dürftige Unterstützung angewiesen, die bei den heutigen Preisen für Nahrungsmittel ganz unzureichend ist. Die Verwendung der nächsten Ernte muß hier Wandel schaffen zugunsten der Armen, die die schwerste Last des Krieges zu tragen haben.

Die Flugzeugindustrie.

„So mächtig, wie sich die Aviatik in wenigen Jahren entwickelt hat, so klar ist gleichzeitig in die Erscheinung getreten, welches die bedeutendsten Verwendungsgebiete des Flugzeuges sind. Armee und Marine nehmen hiervon wohl 99 Proz. in Beschlag, und alle flugtechnischen Privatinteressen treten zurück vor der Wichtigkeit der Militäraviatik, vor ihrer Bedeutung für den Krieg.“

Mit diesen Worten hat noch kurz vor dem Krieg in der „A.-E.-G.-Zeitung“ ein Mitarbeiter, augenscheinlich ein angestellter Ingenieur der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die Bedeutung von Meer und Marine als Abnehmer der Flugzeuge charakterisiert. Die Flugzeugindustrie ist ein aussichtsreicher Zweig der modernen Rüstungsindustrie geworden.

Als Produktionsstätte ist die Flugzeugfabrik eigentlich nur Montagewerkstatt. Die Einzelteile werden vorwiegend als Halbfabrikate angeliefert und zusammengebaut, besonders der Motor wird in einer Spezialfabrik angefertigt.

Der Motor ist die Seele des Flugzeuges. Von seinem regelmäßigen Gang hängt die Durchführung des Fluges ab. Der Flugzeugmotor ist eine Spezialkonstruktion des Automotors, in seinen Eigenschaften und in seiner Leistungsfähigkeit verfeinert und hinaufgetrieben.

Die wichtigste Anforderung ist die Betriebsicherheit. „Stundenlang muß der Motor mit derselben Umdrehungszahl laufen und man muß stets denselben gleichmäßigen Gang hören. Nur dann kann sich der Führer dem Flugzeug anvertrauen, wenn er sich auf den Motor wie auf ein Uhrwerk verlassen kann.“ Es ist deshalb notwendig, daß alle Gefahrenmomente durch die Anbringung doppelter Teile wie Zündungen und Ventile, Ventile und Vergaser möglichst herabgemindert werden.

Neben der unbedingten Betriebsicherheit und damit im Zusammenhang der sofortigen Betriebsbereitschaft ist das günstigste Verhältnis zwischen der hohen Kraftleistung der Motoren und dem geringen Eigengewicht der Maschine von Bedeutung. Bei der konstruktiven Weiterbildung des Flugmotors mußte der Techniker danach streben, das Motorgewicht pro Pferdestärke herabzudrücken, den Benzinverbrauch zu vermindern, dagegen die Motorleistung durch steigende Umdrehungszahlen hinaufzutreiben. Das ist geschehen. Die Verwirklichung dieser Grundgedanken wird an nachfolgender Tabelle von Professor Kammmerer demonstriert:

Jahr	Motorleistung in Pferdestärken	Umdrehungsgeschwindigkeit pro Minute	Motorgewicht in Kilogramm pro Pferdestärke	Benzinverbrauch für 10 Stunden pro Pferdestärke in Kilogramm
1892	11	440	45,0	5,0
1899	10	680	25,7	4,0
1905	90	1050	4,1	2,65
1907	100	1080	3,4	2,5
1909	115	1100	3,2	2,4
1910	145	1100	3,1	2,4
1913	180	1200	2,55	2,25

Firmen geben, die diese Vereinbarungen als für sich verbindlich anerkennen.

Zweitens müssen dieselben Organisationen sich an die gesetzgebenden Körperschaften wenden mit dem Verlangen, daß in die gesetzlichen Vorschriften über das Submissionswesen die zwingende Bestimmung aufgenommen wird, daß bei Vergabe öffentlicher Arbeiten und Lieferungen nur solche Betriebe und Firmen berücksichtigt werden dürfen, die die für ihre Branche zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation getroffenen Kriegsbeschädigtenfürsorgevereinbarungen als für sich verbindlich anerkennen.

Nur so wird es möglich sein, die vorhandenen erfreulichen Anläufe auf diesem Gebiete auch über die Tage der ersten patriotischen Geberlaune hinweg zu reiten. Zugleich entlastet damit der Staat auf die Dauer sein Unterstützungskonto und ebenso die Kommunen.

Allerdings gehört dazu noch ein Drittes. Wenn Unternehmer- und Arbeiterorganisationen dauernd die Garantieträger dieser sozialen Fürsorge sein sollen, dann ist es nötig, die Vereinbarungen über diese Fürsorge den wirtschaftlichen Tageskämpfen zu entziehen, sie nicht mit dem Schicksal der Tarifverträge, Lohnvereinbarungen usw. organisch zu verknüpfen. Würde das nicht geschehen, so würden die „sozialen Verträge“, wie ich sie nennen möchte zum Unterschiede von den Tarifverträgen, wahrscheinlich die Dauer von zwei, höchstens drei Tarifperioden nicht überleben. Es lassen sich m. E. dagegen sehr leicht sichere Vorkehrungen treffen. So hat der Vorstand des Steinfekerverbandes, der es allerdings mit einer ziemlich geschlossenen Unternehmerorganisation zu tun hat, dieser folgenden Vorschlag gemacht:

„Die . . . Bestimmungen sind den jeweiligen einzelnen Tarifverträgen als besonderer, selbständiger Anhang anzufügen. Eine Aenderung oder Aufhebung derselben ist mit der Kündigung und Aenderung der einzelnen Tarife nicht verbunden, sondern kann nur durch die beiderseitigen Zentralkörperschaften erfolgen.“

Derartige Sicherheitsklauseln werden sich bei gutem Willen der Beteiligten überall schaffen lassen. Sie müssen geschaffen werden, wenn die gegenwärtigen patriotischen Versprechungen sich nicht in allzu ferner Zeit verflüchtigen sollen. A. Knoll.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die nächste Ernte.

Leider müssen wir damit rechnen, daß der Friede noch in unsicherer Ferne steht. Das Eingreifen Italiens verlängert den Krieg und macht alle Friedensabsichten zunichte, weil sie der Kriegsbegeisterung in England, Frankreich und Rußland neuen Anreiz gegeben hat. Das Wirtschaftsetriebe in Deutschland wird mithin keine Aenderung erfahren, wir sind in der Nahrungsmittelversorgung auf uns selbst angewiesen. Wir müssen mithin darauf vorbereitet sein, auch für die kommende Ernte eine zweckmäßige Enteignung und Verwertung in Aussicht zu nehmen. Soviel ist gewiß, in diesem Jahre werden wir noch weniger auf die Zufuhr vom Ausland rechnen können als im vorausgegangenem, wir werden mit dem Eigenen haushalten müssen.

Die Aussichten für die Beschaffung der wichtigsten Nahrungsmittel sind nicht besorgniserregend, wenn im wesentlichen die bisherigen Einrichtungen beibehalten werden. Dazu rechnen wir

das Weiterbestehen der Kriegsgetreidegesellschaft, von der wir hoffen, daß sie in der Lösung ihrer Aufgabe Fortschritte machen wird, die Beschlagnahme der Ernte, eine mäßige Preisfestsetzung und die Beibehaltung des Verteilungssystems (Brotkarte). Die Versuche, dem freien Handel wieder die Schranken zu öffnen, sind entschieden zurückzuweisen; denn er würde nur den Tummelplatz abgeben für die wüßteste Spekulation und Preistreiberei. Soll in Deutschland der wirtschaftliche Zusammenbruch verhindert werden, dann brauchen wir für die künftige Zeit mehr als bisher eine verständige Preisbildung für unsere wichtigsten Nahrungsmittel, die Rücksicht nimmt auf die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung. Für die Erzeugnisse der neuen Ernte dürfen die bisherigen Preise nicht maßgebend sein, es wären vielmehr den Produzenten nur die tatsächlichen Aufwendungen mit einem mäßigen Gewinn sicherzustellen. Geht das, so werden wir mit erheblich geringeren Preisen für alle Produkte zu rechnen haben als gegenwärtig.

Wie sieht es nun mit der künftigen Ernte aus? Wir haben damit zu rechnen, daß durch das Fehlen von künstlichen Düngemitteln — Chilealpeter und schwefelsaures Ammoniak — eine Minderung der Getreideernte eintritt, die Prof. Zuntz in seinem Vortrag im Kriegsausschuß für Konsumumenteninteressen auf 1,5 Millionen Tonnen schätzt. In den Ostprovinzen ist durch widrige Umstände weniger Winter- und mehr Sommergetreide angebaut, so daß hier im Ertrag auf einen Ausfall von ½ Million Tonnen gerechnet wird. Rechnet man hierzu die fehlende Einfuhr von 1,9 Millionen Tonnen, so würden uns im kommenden Erntejahr 3,9 Millionen Tonnen Getreide fehlen. Voraussetzung ist der Ertrag einer normalen Ernte. Da wir jährlich ungefähr 3½ Millionen Tonnen Getreide verfüttert haben, so würde bei einem Verbot der Verfütterung kein Mangel entstehen, und halten wir die Streckung des Mehls durch Zusatz von Kartoffeln aufrecht, so gestaltet sich die Situation für uns noch günstiger. Nehmen wir in den letzten 20 Jahren die ungünstigste Ernteperiode von 1893 bis 1896 mit einem Ertrag von 10,2 Millionen Tonnen Getreide nach Abzug der Aussaat, so würden wir, selbst eine solche ungünstige Ernte vorausgesetzt, pro Kopf und Tag auf die 67 Millionen Einwohner verteilt 412 Gramm Getreide oder bei einer Ausmahlung von 80 Proz. 328 Gramm Mehl = 459 Gramm Brot zur Verfügung haben. Also erheblich mehr als bei der gegenwärtigen Einteilung. Nehmen wir den Kartoffelzusatz hinzu, so stellt sich unsere Berechnung noch günstiger.

Wir wissen allerdings nicht, in welchem Umfang der Anbau in diesem Jahre erfolgt ist. Im Osten dürfte so ziemlich der gesamte Acker bestellt sein, die Militärverwaltung hat dafür gesorgt, daß die verlassenen Güter nicht brach liegen bleiben. Es entgeht uns im Elsaß das vom Feind besetzte Areal, das aber für die landwirtschaftliche Produktion nicht erheblich ist. Behalten wir die russischen Ostseeprovinzen und Polen im Besitz, so dürfen wir hier auf einen recht erheblichen Zuschuß rechnen.

Wir können also annehmen, daß wir den Bedarf in Roggen und Weizen gut decken werden. Weniger günstig steht es mit einem wichtigen Futtermittel. Für Gerste, deren Verbrauch im Jahre 1913 6 226 000 Tonnen betrug, entstehen nach Abzug der Ausfuhr als Fehlbetrag 3 081 000 Tonnen Einfuhr; es fehlen uns 918 000 Tonnen

Flugmaschine Wright, G. m. b. H.,
Berlin.

„Während die preussische Seeeresverwaltung im letzten Jahre nur noch bestimmte Flugzeug-Normaltypen kaufte und infolgedessen für Wrightmaschinen gegenwärtig kein Interesse zeigt, erteilte die russische Regierung auf Grund des im Jahre 1912 auf einem Wrightapparat ausgeführten Fernfluges Berlin-Petersburg belangreiche Aufträge, welche Nachbestellungen erhoffen lassen.“

Hans Grade, Flieger-Werke, Vork.

„Bisher wurden 70 Maschinen gebaut, welche sich in Deutschland und in allen Erdteilen befinden, vor allen Dingen in Rußland, Südamerika, Japan, Oesterreich, Schweden und Norwegen usw.“

Emil Jeannin, Flugzeugbau, G. m. b. H.

„Die Aufmerksamkeit der Käufer aus fremden Ländern ist rege geworden und die Firma glaubt, daß der Boden für den Absatz deutscher Flugzeuge nach dem Auslande durch die großen Wettflüge gut vorbereitet worden ist.“

E. Kumpfer, Luftfahrzeugbau, G. m. b. H.,
Berlin.

„Die Firma ist eine der Hauptlieferanten der deutschen Armee. Auch nach dem Auslande nimmt der Verkauf stets regere Formen an.“

Die alte Forderung auf Verstaatlichung der Rüstungsindustrie wird nach dem Krieg auch für die Flugzeugindustrie eine große Rolle spielen.

Richard Woldt.

Arbeiterbewegung.

Jahresbericht der Unterstützungsvereinigung für das Jahr 1914.

Der Unterstützungsvereinigung sind im Jahre 1914 neu hinzugegetreten 278 Mitglieder. Von den Eingetretenen waren ihrer Berufsstellung nach 180 Gewerkschaftsangeestellte, 18 Buchhandlungs- und Kontorangestellte, 13 Redakteure, 13 Parteiangestellte, 12 Expedienten, 10 Berichterstatter, 9 Krankentassenangestellte, 8 Arbeitersekretäre, 8 Schriftsteller und 7 Geschäftsführer. Ausgeschlossen wegen rückwärtiger Beiträge wurden 9 Mitglieder; wegen Berufswechsels schieden 68 aus und 8 Mitglieder sind in die Unterstützungskasse des Metallarbeiterverbandes übergetreten. Von den Ausgeschiedenen waren 59 Gewerkschaftsangeestellte, 11 Buchhandlungs- und Kontorangestellte, 4 Redakteure, 4 Expedienten, 3 Geschäftsführer, 2 Parteiangestellte, 1 Arbeitersekretär und 1 Krankentassenangestellter.

Durch den Tod verlor die Vereinigung 25 Mitglieder, und zwar die Gewerkschaftsangestellten: Trilse, Tobler, Gebel, Schröder, Kober, Steinmüller, Fanghänel, Behnert, Stolle, Schödel, Ebel; die Expedienten: Hadelbusch, Dels, Aufschizta, Struckmann; die Redakteure: Enders, Hirsch, Kaufser; die Berichterstatter: Ebeling, Mehger; die Geschäftsführer: Veyer, Lehmann; die Parteiangestellten: Wartsch, Grauer und den Krankentassenangestellten: Brandmair.

Durch den Krieg hatten wir nach den bisherigen Meldungen den Verlust von 9 Mitgliedern zu verzeichnen. Es sind im Felde gefallen die Gewerkschaftsangestellten: Raake, Berlin; Scholz, Breslau;

Blendowski, Bromberg; Bachmann, Köln; Holz, Hirschberg; Strauß, Nürnberg; Beckow, Stettin. Redakteur: Brenner, Braunschweig. Expedient: Sanow, Halle a. S.

Der Mitgliederbestand ist auf 3776 gestiegen, gegen 3617 im Vorjahre, mithin eine Zunahme von 159.

Auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt:

	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Arbeitersekretäre	38	48	74	86	105	111	121	134	143	153	155	162
Parteiangestellte	3	10	17	39	58	75	86	99	111	131	150	159
Berichterstatter	23	26	28	31	40	47	53	53	58	70	78	87
Politikredakteure	123	141	158	185	205	225	235	243	273	281	287	293
Buchhandlungsangestellte und Kontoristen	17	20	24	41	57	71	81	93	110	122	137	144
Expedienten	71	94	108	145	185	204	224	257	284	305	329	331
Geschäftsführer	39	45	49	61	77	101	102	107	113	126	132	134
Gewerkschaftsangestellte	268	363	549	747	1039	1267	1448	1599	1718	1937	2159	2261
Krankentassenangestellte	49	53	57	64	74	82	91	92	95	100	107	114
Schriftstell.	28	29	31	33	31	32	33	40	43	48	55	63
Angestellte ander. Arbeitervereine										24	28	28
Summa	659	829	1095	1432	1871	2215	2474	2717	2948	3297	3617	3776

An Unterstützungen kamen im Jahre 1914 hinzu: 12 800 Mk. Jahresrente für 23 Witwen; 3200 Mark Kinderrente für 46 Kinder und 11 778,20 Mk. für 14 invalide Mitglieder.

Die verstorbenen 25 Mitglieder hinterließen mit Ausnahme der Mitglieder Schröder und Wartsch Hinterbliebene, denen nach unserem Statut Renten zugewilligt werden konnten.

Ueber die Belastung der Kasse durch die laufenden Unterstützungssätze gibt umstehende Tabelle Aufschluß.

Die Vereinigung gewährte am Jahreschluß an 128 Witwen 70 500 Mk. Jahresrente und an 175 Kinder 13 000 Mk. Kinderrente; an 14 Kinder 600 Mark Waisenrente und an 25 Invaliden 21 678,20 Mark Invalidenrente. Unter die Rubrik Waisenrente sind auch die Kinderrenten mit einbezogen, die für die Kinder der wiederverheirateten Frauen, deren Rente abgelöst ist, gezahlt wurden.

Mit den tatsächlichen Ausgaben für 1914 kann die Aufstellung nicht übereinstimmen, da die Renten teilweise nicht vom Beginn des Jahres liefen. Die Tabelle stellt nur die am Schluß eines jeden Jahres vorhandene Verpflichtung der Kasse, d. h. die laufenden bewilligten Renten dar. Die buchmäßige Ausgabe für Witwen- und Kinderrente betrug im Geschäftsjahr 74 949,94 Mk., für Waisenrente 1304,35 Mark und für Invalidenrente 19 282,75 Mk.

Von den Invalidenrentenempfängern konnte einer seine Berufstätigkeit wieder aufnehmen und schied deshalb als Rentenempfänger aus. 4 Invaliden starben im Jahre 1914. Die Zahl der Invalidenrentenempfänger betrug am Ende des Geschäftsjahres 25.

Bei einem Schaubild springen die Resultate dieser Zahlenreihen noch mehr in die Augen: der Motor wächst in seiner Kraftleistung, die Umdrehungsgeschwindigkeit steigert sich, aber zugleich wird er leichter im Maschinengewicht pro Kraft-einheit und sparsamer im Benzinverbrauch.

Eine Flugmaschine kostet etwa 20 000—30 000 Mark. Davon entfallen etwa 8000—16 000 Mk. auf den Motor, an Betriebsstoff werden pro Stunde 20 bis 30 Liter Benzin und 2—4 Liter Öl verbraucht. Die an Bord befindlichen Behälter reichen für 3 bis 4 Stunden Flugzeit. (Madenthun, Das Flugzeug, E. S. Mittler, Berlin 1912.) Derselbe Autor, der Militärfachreisen angehört, gibt als Fabrikationsaufgabe der Flugzeugindustrie an: Vergrößerung der Stabilität der Maschine, so daß die Abhängigkeit von Wind und Wetter geringer wird, Steigerung der Tragfähigkeit, um schnelles Erheben vom Boden und sicheres Landen auch auf schlechtem Gelände möglich zu machen. Ferner soll neben den oben besprochenen Verbesserungen im Motorenbau das ganze Fahrzeug schnell zerlegt und schnell wieder zusammengesetzt werden können, um die militärische Verwendbarkeit an jedem Ort und zu jeder Zeit durchzuführen.

Die Entwicklung der Flugzeugindustrie zeigt eine Tabelle, die wir einer offiziellen Quelle, dem Jahresbericht der „National-Flugspende“ entnehmen. Soweit wir sehen konnten, ist das erstmalig in dieser Vollständigkeit auf Grund einer Umfrage die Zahl der Flugzeugfirmen unter Angabe ihres Gründungsjahres zusammengestellt worden. Das Gesamtbild zeigt, daß die Firmen erst in den letzten Jahren entstanden sind, daß wir es hier mit einem noch jungen, aber rapid aufwachsenden Industriezweig zu tun haben.

Namen	Fabrikgründung resp. Fabrikationsanfang.
Argo-Flugzeugwerke, G. m. b. H.	1912
Albatroswerke, G. m. b. H.	1911
Automobil und Aviatik, A.-G. Mühlhausen i. E.	—
Deutsche Flugzeugwerke, G. m. b. H., Lindenthal bei Leipzig	1911
Euler-Werke, Frankfurt a. M.	1908
Flugmaschine Wright, G. m. b. H.	1909
Flugzeugbau Friedrichshafen, G. m. b. H., Friedrichshafen	1912
Flugzeug-Werke Gustav Schulze, Burg bei Magdeburg	1908
Flugzeug-Werke J. Goedecker, Mainz-Gonsenheim	1909
Fokker-Aeroplanbau, G. m. b. H., Schwerin	1912
Gothaer Waggonfabrik, A.-G., Abteil. Flugzeugwerke, Gotha	1913
Zentrale für Aviatik, Hamburg, A. Caspar, Hamburg	1911
Hans Grabe, Flieger-Werke, Bork	1909
Harlan, Verlaufs- und Betriebs-G. m. b. H.	1913
Emil Jeannin, Flugzeugbau, G. m. b. H., Berlin-Johannisthal	—
Luft-Verkehrs-Gesellschaft, A.-G., Johannisthal bei Berlin	1911
Flugzeugmaschinenwerke Gustav Otto, München	1911
E. Kumpfer, Luftfahrzeugbau, G. m. b. H., Berlin	1908
Otto Schwade u. Co., Erfurt	1911

Vielleicht wird aber diese privatkapitalistische Herrlichkeit nicht allzu lange dauern können. Die Möglichkeit der Verstaatlichung ist hier gegeben. Mit zwar nicht deshalb, weil der Staat sollte plötzlich zu unternehmungslustig werden und die Uebernahme in Staatsbetrieb zu schnell erfolgen lassen, sondern unabhängig von der freien Initiative wird für die Zeit nach dem Krieg ein Zwang zur Verstaatlichung bestehen. Der Staat wird einfach aus militärischen Gründen dazu gezwungen, mindestens in das Betriebsleben solcher Unternehmungen bestimmend einzugreifen, deren Fabrikationsarbeit sonst zu einer militärischen Gefahr für den Staat zu werden droht.

Das trifft besonders zu für die Rüstungsindustrie. Hochentwickelte kapitalistische Nationen haben eine hochentwickelte Technik und eine leistungsfähige Industrie.

Für den Krieg sind deshalb diejenigen Länder am besten gerüstet, die auf der Stufenleiter der kapitalistischen Entwicklung am höchsten stehen. Der moderne Krieg ist ein technischer Krieg erster Ordnung, die Lieferung von Kriegsmitteln stellt hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der heimischen Industrie.

Aber dieser Reizezustand hat auch seine Rehrseite. Die Rüstungsindustrie, einmal entstanden aus der Notwendigkeit, den nationalen Staat für den Krieg wehrhaft zu erhalten, hat zugleich wichtige internationale Interessen. Sie wendet sich den Ländern zu, die ihrer bedürfen. Deshalb läßt sich heute schon feststellen, um nur von Deutschland zu reden, daß Kanonen, Torpedoboote, Flugzeuge, Luftschiffe, Telegraphenapparate nicht nur die deutschen Fabriken für die deutsche Heeresleitung geliefert haben, sondern die Erfolge deutscher Technik und deutscher Ingenieurarbeit sind auch für Serbien, Rußland und Japan nützlich gewesen. Unsere deutschen Soldaten bekommen ja jetzt den Klang der Kruppkanonen auch von der — Gegenseite zu hören.

Nach dem Kriege wird man ja dieses Tatsachenmaterial ungehindert veröffentlichen können; hier mögen nur wieder aus dem Jahresbericht der „National-Flugspende“ ein paar Daten angeführt werden, die erkennen lassen, daß die deutsche Flugzeugindustrie derart leistungsfähig ist, um auch das Ausland mit Kriegsmaterial versorgen zu können.

Die Automobil- und Aviatik-A.-G.
Mühlhausen i. E. S.

An das Ausland lieferte die Firma (besonders im Jahre 1911) mehrfach nach Rußland und Belgien, während in Italien eine Firma nach ihren Lizenzen arbeitet und u. a. bei der italienischen Militärkonkurrenz 1913 die Aviatik-Konstruktion mit dem zweiten Preise bedacht wurde. Im Jahre 1912 hatte die Firma infolge der großen inländischen Aufträge weniger nach dem Ausland geliefert, „jedoch“, schrieb die Firma in ihrem Bericht im Jahre 1913, „sind Verhandlungen ernster Natur angebahnt, so daß voraussichtlich im nächsten Jahre wieder Auslandsaufträge zur Erledigung kommen werden.“

Deutsche Flugzeug-Werke G. m. b. H.
Lindenthal bei Leipzig.

„Die deutschen Flugzeug-Werke haben erfolgreiche Kriegsflyer für den Balkan geliefert. Sie zählen überdies die preußische Heeresverwaltung zu den Hauptabnehmern und sind die einzige ausländische Firma, von der die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung Flugzeuge übernommen hat.“

Jahr	Zahl der Witwen mit		Zahl der Witwen, die		Jahresbetrag der Witwenunterstützung Mk.	Zahl der Kinder mit		Jahresbetrag der Kinderunterstützung Mk.	Zahl der Waisen	Jahresbetrag der Waisenunterstützung Mk.	Zahl der Invaliden mit		Zahl der Invaliden, die		Jahresbetrag der Invalidenunterstützung Mk.
	voller	halber	gestorben	verheiratet		voller	halber				voller	teilweisl.	gestorben	erwerbsfähig	
1903	3	—	—	—	1 800	5	—	500	—	—	—	—	—	—	—
1904	7	—	1	—	4 200	20	—	1 400	—	—	—	—	—	—	—
1905	12	—	—	—	7 200	27	—	1 900	—	—	—	—	—	—	—
1906	17	3	—	—	11 100	35	—	2 700	—	—	—	—	—	—	—
1907	20	4	2	—	13 200	39	—	2 700	1	200	3	—	—	—	2 700,—
1908	30	3	—	2	18 900	45	—	3 400	2	250	3	—	1	—	2 700,—
1909	38	8	—	1	25 200	57	16	5 400	6	600	5	—	—	—	4 500,—
1910	48	13	—	1	32 700	79	34	7 750	6	600	13	—	—	—	11 700,—
1911	59	15	—	—	39 900	80	35	7 900	5	400	15	—	1	1	13 500,—
1912	72	16	—	1	48 000	85	39	8 450	5	400	17	2	3	—	16 428,—
1913	88	18	2	2	58 300	101	41	10 600	14	700	16	—	7	—	14 400,—
1914	108	20	1	—	70 500	132	43	13 000	14	600	24	1	4	1	21 678,20

Ueber die Gehalts- und Rentenbezüge der Invaliden gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Unterstützungsbezüge der invaliden Mitglieder.

Beruf	Das invalid. Mitglied bez. zuletzt Gehalt od. Einkommen a. freier Schriftsteller		Erbhält einen Teil des Gehalts fortgepagalt		Erbhält staatliche Invaliden- oder Altersrente		Erb. Invalidenrente von der Gewerkschaft		Erbält aus der Unterstützungsvereinigung	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Part.-Angest.	1800,—	*180,—	158,—	—	900,—	—	—	—	—	—
Gew.-	1800,—	—	198,—	—	900,—	—	—	—	—	—
Krnf.-	1800,—	—	178,—	—	900,—	—	—	—	—	—
Gew.-	2600,—	867,—	246,—	—	900,—	—	—	—	—	—
Part.-	3000,—	—	234,—	730,—	900,—	—	—	—	—	—
Gew.-	3200,—	—	222,—	—	900,—	—	—	—	—	—
Part.-	2900,—	*285,—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
Gew.-	2000,—	—	227,40	—	900,—	—	—	—	—	—
	2800,—	—	208,—	—	900,—	—	—	—	—	—
Schriftsteller.	3500,—	—	—	455,—	900,—	—	—	—	—	—
Krnf.-Angest.	2760,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
Part.-	2500,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
Krnf.-	2400,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
Gew.-	2600,—	—	345,60	—	900,—	—	—	—	—	—
	3000,—	1500,—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
	2640,—	—	—	730,—	900,—	—	—	—	—	—
	1900,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
	2740,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
	3000,—	—	270,—	750,—	900,—	—	—	—	—	—
	2850,—	2000,—	202,80	—	78,20	—	—	—	—	—
Part.-	3800,—	—	285,—	—	900,—	—	—	—	—	—
Krnf.-	2200,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
Gew.-	2880,—	1400,—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
	720,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—
Part.-	2520,—	—	—	—	900,—	—	—	—	—	—

* Einkommen als freier Schriftsteller.

Die Verpflichtungen der Vereinigung sind in den Jahren wie folgt gestiegen: Es wurden gezahlt an

Witwen- und Kinderrente:

Im Jahre	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911
	716,55	3 109,30	8 095,55	11 219,90	15 575,70	19 530,64	27 135,65	34 939,90	43 575,25

Sterbegeld:

Im Jahre	1912	1913	1914
	52 389,45	65 430,20	74 949,94

Invalidenrente:

Im Jahre	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
	600,—	1 200,—	1 200,—	1 800,—	1 800,—	2 200,—	3 400,—	3 400,—	3 200,—	3 600,—	5 400,—	4 500,—

Waisenunterstützung:

Im Jahre	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
	165,85	200,—	375,—	600,—	429,20	697,50	800,—	1 304,35

Für das kommende Geschäftsjahr muß die Kaffe nach den obigen Aufstellungen mit einer aus dem Jahre 1914 übernommenen laufenden Unterstützung an Witwen-, Waisen- und Invalidenrentenempfänger im Betrage von 105 778,20 Mk. rechnen. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich eine Steigerung auf rund 125 000 Mk. im Jahre 1915 annehmen. Mit den Verwaltungskosten, Beitragsrückzahlungen und Sterbegeld ist ein weiterer Betrag von rund 17 000 Mk. in Ansatz zu bringen, so daß die Gesamtausgabe auf 142 000 Mk. zu veranschlagen ist.

Das Vermögen der Vereinigung ist auf 1 522 278,49 Mk. angewachsen. Die Wertpapiere sind

zu dem Kurs eingesezt, wie in der Jahresabrechnung für 1914, da gegenwärtig eine Kursnotierung nicht stattfindet. In dem Vermögen ist eine Verschiebung zugunsten der Hypothekenanlage eingetreten. Die Hypothekenanlage ist von 291 651,50 Mk. auf 578 000 Mk. gestiegen. Es mußten für diese Anlage Wertpapiere veräußert werden; des Kursverlust im Betrage von 1651,50 Mk. ist von dem Schuldner getragen. Der rechnungsmäßige Ueberschuß in der Jahresabrechnung mit dem Kassenbestand beträgt 188 724,35 Mk. Die Abrechnung vom Vorjahre weist in der Bestandsaufnahme der Staatsanleihen einen Druckfehler auf, es muß heißen: 383 308 Mk. (nicht 183 308,— Mk.).

Der Vorstand hat 9 Sitzungen abgehalten, die sich im wesentlichen mit der Beschlußfassung über beantragte Unterstützungen beschäftigten. Die Korrespondenz der Geschäftsleitung umfaßt an Eingängen 1465 Briefe, 48 Karten, 1404 Postchecksendungen, an Ausgängen 2238 Briefe, 84 Karten, 707 Drucksachen und 795 Postcheckanweisungen.

Der Krieg zwang den Vorstand und Auschuß der Unterstützungsvereinigung, im Interesse der finanziellen Sicherheit der Kasse den Beschluß zu fassen, daß für die zum Heeresdienst Eingezogenen die Beitragspflicht ruht, desgleichen aber auch die Leistung der Vereinigung. Nach Abschluß des Krieges wird zu prüfen sein, ob den Hinterbliebenen eine Unterstützung in bescheidenem Umfange gezahlt werden kann. Zum Heeresdienst eingezogen waren bei Aufstellung der Abrechnung 577 Mitglieder, davon sind bereits 9 gefallen, die Zahl der Verwundeten, die eventuell eine Invalidenrente beanspruchen können, ist uns nicht bekannt. Bei der hohen Belastung, die der Vereinigung erwachsen könnte, mußte der Vorstand die nötige Vorsicht üben, denn in unseren Rechnungen über die Leistungen der Kasse ist bisher mit den Folgen eines Krieges nicht gerechnet. Wie bekannt, müssen auch andere Versicherungsgesellschaften die Schäden aus dem Kriege ablehnen. Die Beschlußfassung des Vorstandes und des Ausschusses lautete:

1. Die Mitgliedschaft ruht für die zum Heere Eingezogenen.

2. Die Einziehung zum Heere berechtigt nicht zum Austritt aus der Unterstützungsvereinigung; desgleichen muß den gegenwärtig wegen Mangels an Beschäftigung aus der Stellung Entlassenen der Rücktritt verweigert werden. Es erfolgt mithin in diesen Fällen keine Rückzahlung der Beiträge.

3. Die Mitglieder, die außer Stellung sind und für die von den Parteigeschäften und den Gewerkschaften keine Beiträge gezahlt werden, können die Stundung der Beiträge beantragen.

4. Ob und in welcher Höhe Unterstützung an die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer und im Falle der Invaliddität gezahlt werden kann, wird die Unterstützungsvereinigung erst nach Beendigung des Feldzuges entscheiden.

Die Beitragsleistung ist natürlich durch den Krieg zurückgegangen, vielen Mitgliedern mußten die Beiträge gestundet werden, gegenwärtig ist aber bereits eine Besserung zu verzeichnen, die Beiträge gehen wieder ordnungsmäßig ein. Die Erledigung der Geschäfte fand durch die Vertrauensleute eine sehr wertvolle Unterstützung, und sprechen wir hiermit den Kollegen für ihre Bemühungen den Dank aus.

Der Vorstand der Unterstützungs-Vereinigung.

Kassenbericht

der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten für das Geschäftsjahr 1914.

Einnahme.

Kassenbestand vom 4. Quartal 1913	5 742,47 Mk.
Mitgliederbeiträge:	
1. Quartal	60 618,— Mk.
2. " "	61 524,— "
3. " "	62 100,— "
4. " "	56 082,— "
Ueberschüssen aus anderen Kassen	416,95 "
Zinsen:	
1. Quartal	10 834,60 Mk.
2. " "	16 565,97 "
3. " "	12 747,50 "
4. " "	16 697,09 "
Zurückgezahlte Unterstützungen	51,— "
Summa	303 379,58 Mk.

Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	13 168,90 Mk.
Witwenunterstützung	74 949,94 "
Invalidenunterstützung	19 282,75 "
Waisenunterstützung	1 304,35 "
Sterbegeld	4 500,— "
Drucksachen	119,15 "
Postcheckgebühren	176,37 "
Porto	351,77 "
Ärztliches Gutachten	2,— "
Kassenverwaltung	800,— "
Rechnungsmäßiger Ueberschuß	187 718,60 "
Kassenbestand	1 005,75 "
Summa	303 379,58 Mk.

Vermögensübersicht.

Staatsanleihen	300 122,76 Mk.
Kommunalanleihen	476 472,98 "
Hypotheken-Pfandbriefe	134 587,— "
Hypotheken	578 000,— "
Bausparthaben	32 090,— "
Kassenbestand	1 005,75 "
Summa	1 522 278,49 Mk.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Centralverein der Bildhauer hatte Ende April 1674 Mitglieder. Davon waren am letzten Tage des Monats 178 arbeitslos, das sind 10,2 Proz. der Mitglieder gegen 31,5 Proz. Ende 1914 und 55,2 Proz. Ende August. Für Arbeitslosenunterstützung wurden seit Kriegsausbruch bis 30. April 72 036 Mk. aus der Centralkasse ausgezahlt. Der Bestand der Centralkasse betrug am 30. April rund 88 000 Mk. gegen 86 247 Mk. Ende 1914. Zum Kriegsdienst waren bis Ende April insgesamt 1431 Mitglieder eingezogen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband schloß das Jahr 1914 mit einem Rückgang der Mitgliederzahl von 152 622 ab. Am Jahreschlusse 1913 wurden 310 444 gezählt. Zum Heeresdienst eingezogen sind 97 817, gestorben 2208, in andere Verbände übergetreten 2640 und ausgeschlossen 603. Aufgenommen wurden 63 695 Mitglieder. 118 249 haben dem Verband den Rücken gefehrt. Sie sind teils wegen restierender Beiträge gestrichen (40 669), teils ausgestreuten (11 869), teils auf Reife abgemeldet und nicht wieder angemeldet, teils Ausländer, die Deutschland infolge des Krieges verlassen haben. Von 36 618 Mitgliedern fehlt jeder Nachweis über ihren

Verbleib. Das ist sicherlich ein schlimmes Zeichen für die Organisationsstreue dieser Arbeiter, die ihre Organisation in der großen Zeit allgemeiner Not im Stiche lassen und der Mahnruf aus dem Felde, den der „Grundstein“ in Nr. 25 veröffentlicht, kann nicht oft und laut genug wiederholt werden: „Ein Stümmerling derjenige, der gerade in der schweren Zeit seiner Sache untreu wird und die Fahne verläßt.“

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ geißelt in einem Aufsatz über den Aushungerungskrieg die antinationale Gewinnjucht, die auf den Lebensmittelmärkten die größten Ergiebigkeiten feiert. Man könne ruhig behaupten, daß der innere Aushungerungskrieg, den die leider nicht kleine Sippschaft der Nahrungsmittelwucherer organisiert hat, unsere unbemittelte, schwer arbeitende Bevölkerung mehr erbittert und die wirtschaftliche Lage mehr verschlechtert als die Absperrung des Vaterlandes von der überseeischen Nahrungszufuhr durch die feindlichen Flotten. Die Regierung solle keinerlei Rücksicht auf die Kreise nehmen, die freiwillig nicht auf Kriegsgewinn verzichten wollen. Diese Rücksichtslosigkeit werde ihr von den Volksmassen sicher als vaterländische Tat angerechnet werden.

Der „Korrespondent“ für Buchdrucker teilt mit, daß der seit dem 22. Dezember 1914 in Holzminden internierte internationale Buchdruckersekretär F. Stautner jetzt auf ein direkt an den Kaiser gerichtetes Gesuch hin freigelassen sei. Stautner, der früher in der Schweiz lebte, ist französischer Staatsbürger und hat es versäumt, sich naturalisieren zu lassen.

Der Fabrikarbeiterverband zählte in der 44. Kriegswoche 990 Arbeitslose (0,9 Proz.) und 75 692 Kriegsteilnehmer (41,9 Proz.).

Der Metallarbeiterverband berichtet von der 42. Kriegswoche über 4020 Arbeitslose (1,4 Proz.) und 12 625 Mk. Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Der Kriegshilfsfonds des Verbandes verzeichnet eine Einnahme von 1 309 509 Mk., denen 1 104 090 Mk. Ausgaben gegenüberstehen.

Der Porzellanarbeiterverband hatte in der Woche vom 24. bis 29. Mai 5248 Mitglieder im Heere und 1129 völlig Erwerbslose sowie 4545 beschränkt Erwerbslose.

Aus Unternehmerkreisen.

„Keine Parität, kein friedlicher Ausaleich“!

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat am 26. April d. J. folgendes Rundschreiben gegen die Forderung paritätischer Schlichtungskommissionen an ihre Mitglieder versandt:

„Von einem der uns angeschlossenen Verbände wird uns mitgeteilt, daß Gewerkschaftsbeamte des Deutschen Textilarbeiterverbandes an Behörden mit der Anregung herantreten sind, es sollten für die Textilindustrie paritätische Schlichtungskommissionen eingesetzt werden, deren Aufgabe es sein soll, Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten“, und fährt nach einigen allgemeinen Bemerkungen fort:

„Wir nehmen diese Mitteilung unseres Mitgliedsverbandes zum Anlaß, unsere Mitglieder auf das dringendste davor zu warnen, der Schaffung von derartigen paritätischen Schlichtungskommissionen, gleichviel in welcher Industrie, Vorschub zu leisten, und bemerken zur Begründung folgendes:

Zunächst ist entschieden in Abrede zu stellen, daß ein Bedürfnis für die Bildung paritätischer Schlichtungs-

kommissionen vorliegt. Etwa auftauchende berechtigte Beschwerden seitens der Arbeitnehmer lassen sich jetzt ebenso gut wie sonst auf dem Wege unmittelbarer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Notfall unter Mitwirkung des örtlichen Arbeitgeberverbandes ordnen. Zweifellos findet die Anregung der Gewerkschaftsführer ihre Ursache auch nicht in der Abhilfe eines dringenden Bedürfnisses, sondern sie ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterführer ihre jetzt erheblich eingeschränkte Tätigkeit auf diese Weise erweitern und einen während der Kriegszeit erzielten Erfolg auch für alle Zukunft festhalten wollen.

Ganz besonders muß darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaftsführer mit ihrer Anregung gleichzeitig den Versuch machen, eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung aufzurollen. Denn wenn eine derartige Schlichtungskommission eingesetzt und damit betraut wird, Gutachten über Fragen abzugeben, die das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern betreffen, so wird damit der bisher von dem gesamten deutschen Arbeitertum nachdrücklich vertretene Grundsatz verletzt, daß alles das, was das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern berührt, in freier Vereinbarung zu regeln ist, ohne daß Außenstehenden das Recht eingeräumt werden kann, sich in diese privatrechtlichen Dinge einzumischen. Letzten Endes zielen die von den Gewerkschaftsführern angestrebten paritätischen Schlichtungskommissionen auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses durch einen von Organisation zu Organisation abgeschlossenen Tarifvertrag hin, dessen Einhaltung eine paritätische Kommission zu überwachen hat. Wir können es uns versagen, unsere Mitglieder hier des näheren auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der deutschen Industrie aus dem Abschluß von Tarifverträgen erwachsen würden. Die Anregung der Gewerkschaften zeigt, worauf sie hinaus wollen, und ihr Plan muß von uns abgelehnt werden, als mit Rücksicht auf den zurzeit bestehenden allgemeinen Burgfrieden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nicht angeknüpft werden dürfen.

Wir richten daher unter Hinweis auf die eben gemachten Ausführungen an unsere sämtlichen Mitglieder nochmals die dringende Bitte, der Schaffung von allgemeinen paritätischen Schlichtungskommissionen unter allen Umständen ihre Zustimmung zu versagen und fügen die Bitte hinzu, uns davon Mitteilung zu machen, sobald in ihrem Bezirke ähnliche Anregungen aus Gewerkschaftskreisen zu ihrer Kenntnis gelangen.

Hochachtungsvoll!

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

J. B. Soonderop.“

Es ist gut, sich dieses Rundschreiben genau zu merken! Zurückweisen müssen wir die Behauptung, daß ein Bedürfnis für solche Schlichtungskommissionen nicht vorliege. Im Bergbau drohen ständig Differenzen wegen Mißstände, deren Abstellung die Arbeiter vergeblich verlangen. In anderen Industrien sind Tarifinstanzen geschaffen worden, um solche Differenzen zu entscheiden und Arbeitseinstellungen, die während des Krieges die Verteidigung des Vaterlandes erschweren würden, hintanzuhalten. In der Berliner Metallindustrie ist eine paritätische Schlichtungskommission geschaffen worden, die sich durchaus bewährt hat. Was hier möglich ist, muß auch in anderen Industrien möglich sein. Es liegt im dringendsten Interesse des inneren Friedens im Reiche, daß den Arbeitern in allen Industrien Gelegenheit gegeben wird, ihre Beschwerden vor paritätischen Instanzen, die ihr Vertrauen besitzen, erledigen zu können.